



E-MOBILITÄT  
**Autobatterien  
und die Folgen  
für die Umwelt**

VERKEHRSWENDE

## **Was können die verschiedenen Antriebstechnologien?**

WOLFGANG BOSBACH  
IM INTERVIEW  
**„Wir brauchen eine  
Renaissance für  
die Wirtschafts- und  
Finanzpolitik“**



**Die Fakten prüfen.  
Pro und Contra abwägen.  
Und dann konsequent aus dem Bauch heraus entscheiden.**

**Der Panamera Turbo Sport Turismo.**

Manche Entscheidungen treffen sich fast von allein. Performance oder Komfort? Dynamik oder Effizienz? Beides, ohne oder. Denn der Panamera Turbo Sport Turismo vereint scheinbare Gegensätze – und verbindet sie zu einem einzigartigen Fahrerlebnis. Mehr dazu auf [www.porsche.de/panamera](http://www.porsche.de/panamera)

**IAA** » 2019

Kraftstoffverbrauch (in l/100 km) innerorts 14,7 · außerorts 8,3 · kombiniert 10,6; CO<sub>2</sub>-Emissionen kombiniert 243 g/km



**PORSCHE**

# Das Spektrum des Sagbaren darf nicht enger werden

*Liebe Lesenden  
und Les,*

die CDU ist bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen mit zwei blauen Augen davon gekommen. Ein Grund zur Freude ist das nicht. Zwar wurde die CDU in Sachsen stärkste Kraft. In Brandenburg deutete sich in den Tagen nach der Wahl ebenfalls eine Regierungsbeteiligung an. Auch wurde die AfD nicht wie befürchtet stärkste Kraft in den beiden Bundesländern. Doch kann es der Anspruch unserer Partei sein, nur „irgendwie“ zu regieren und darauf zu verweisen, dass es hätte schlimmer kommen können? Mitnichten.

Ein unverstellter Blick auf die Zahlen zeigt auf, wie schwer die Verluste für die CDU in Wirklichkeit wiegen. In Brandenburg sackte die CDU von 23 Prozent (2014) auf 15,6 Prozent ab. Das entspricht einem Minus von 32,2 Prozent bzw. 7,4 Prozentpunkten. In Sachsen stimmten statt 39,4 Prozent – wie vor fünf Jahren – nur noch 32,1 Prozent für die CDU. Das entspricht einem Rückgang um 18,5 Prozent bzw. 7,3 Prozentpunkte. Von insgesamt 17 Wahlen seit 2015 hat die Union nun bei 13 Wahlen Prozentpunkte verloren, zum Teil zweistellig. Unabhängig davon, wie hart die Spitzenkandidaten gekämpft haben, und wie positiv die Entwicklung im CDU-geführten Sachsen zuletzt war: Der bundesweite Trend der CDU konnte auch an den beiden Ost-Ländern nicht vorbeigehen. Ein Vertrauensverlust dieser Tragweite ist nicht mit ein paar Wochen Wahlkampf wieder wett zu machen.

Ich habe in den vergangenen Wochen einige Wahlkampf-Termine in Brandenburg und Sachsen, aber auch in Thüringen, wo am 27. Oktober gewählt wird, wahrgenommen. Mein Eindruck: Viele Menschen sind noch immer geprägt von einer Zeit, in der es keine Meinungsfreiheit gab. Manche haben heute das Gefühl, dass das Spektrum des Sagbaren wieder enger wird. Was sicherlich der Tatsache geschuldet ist, dass kritische Kommentare und Positionierungen zu sensiblen Themen wie Klimaschutz- und Flüchtlingspolitik nicht selten moralisch abgewertet werden. Doch wo die Moralkeule geschwungen wird, bleibt kein Raum mehr für den Austausch sachlicher Argumente. Viel-



mehr droht die Debatte im Keim erstickt zu werden. Das aber ist das Schlimmste, was passieren könnte, denn die freiheitliche Demokratie lebt von einer offenen Debattenkultur. Nur sie kann zu Lösungen führen, die am Ende von einer breiten Mehrheit der Gesellschaft mitgetragen werden.

Die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen sollten uns daher eine Warnung sein. Die CDU muss sich als Volkspartei präsentieren, die die Breite der Gesellschaft widerspiegelt: von christlich-sozial über wirtschaftsliberal bis konservativ. Die Partei hatte ihre stärkste Zeit, als sie authentische Flügelkämpfer, von Alfred Dregger bis Norbert Blüm, von Manfred Kanther bis Rita Süssmuth, in ihren Reihen wusste. Wir können als Volkspartei nur dann erfolgreich sein, wenn wir Politik über alle Flügel gestalten und so die volle demokratische Bandbreite der Gesellschaft erreichen. Darauf haben wir in der Vergangenheit zu wenig geachtet. Wir müssen wieder deutlich machen, dass konservative und wirtschaftsliberale Positionen nicht nur, aber auch zum Markenkern der CDU gehören.

Herzliche Grüße

*Carsten Linnemann*

Carsten Linnemann  
MIT-Bundesvorsitzender

## Impressum

### Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin  
E-Mail: redaktion@mit-bund.de  
www.mit-bund.de

### Chefredaktion:

Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

### Chef vom Dienst:

Hubertus Struck

### Redaktion:

Micha Knodt  
Richard Praetorius

### Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)  
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach  
Telefon: 02226 802-213  
Telefax: 02226 802-222  
E-Mail: verlag@ubgnet.de  
www.ubgnet.de  
Geschäftsführer: Rudolf Ley,  
Jürgen von Meer  
Projektleitung: Andreas Oberholz

### Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

### Titelbild:

mmphoto/stock.adobe.com

### Druckauflage

#### 3. Quartal/2019:

26 000 Exemplare  
Die Mitgliedschaft in der IVW und die daraus resultierende Auflagenkontrolle wird seit dem 1. Quartal 2017 nahtlos fortgeführt.

### Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI  
Verlagsvertretung Getz  
Telefon: 02205 86179  
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII

Braun Medien GmbH  
Telefon: 0202 3178693  
E-Mail: info@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

14

## MIT:EDITORIAL

### Das Spektrum des Sagbaren darf nicht enger werden

3

von Carsten Linnemann

## MIT:KOLUMNE

### Eine Geschichte leerer Versprechen

8

von Kai Weise

Die „Soli-Story“ bleibt eine unendliche Geschichte, in der Milliarden an Einnahmen stets wichtiger blieben als politische Glaubwürdigkeit.

## MIT:TITEL

Verkehrswende

### Was können die verschiedenen Antriebstechnologien?

10

Die Suche nach der Antriebstechnologie der Zukunft läuft auf Hochtouren. Es braucht ein Gesamtkonzept.

E-Mobilität

### Autobatterien und die Folgen für die Umwelt

14

Während die EU voll auf Elektromobilität setzt, zweifeln Experten an der Umweltfreundlichkeit von E-Autos.

## MIT:THEMA

### Debatte um Sprachdefizite Eine Vorschulpflicht ist kein Grundschulverbot

16

Kinder, die kaum Deutsch sprechen, sollten in Vorschulen fit für die Grundschule gemacht werden.

## MIT:ERKLÄRT

Fachkräfte, Flüchtlinge, Asyl, Abschiebungen

### Was bringt das Migrationspaket?

26

Der Bundestag hat ein Gesetzespaket zu Migration und Asyl verabschiedet. Die wichtigsten Neuregelungen im Überblick.

## MIT:INTERVIEW

Wolfgang Bosbach im Interview

### „Wir brauchen eine Renaissance für die Wirtschafts- und Finanzpolitik“

20

Der CDU-Innenexperte verlangt von seiner Partei ein klares Profil und einen stärkeren Fokus auf wirtschaftspolitische Themen.





16

### MIT:DEBATTE

Pro & Contra

#### Sollten Arbeitnehmer zum Aktien-Sparen verpflichtet werden? **28**

Kai Whittaker und Torbjörn Kartes diskutieren.

### MIT:FAKTEN **6,9**

Die Produktivität nimmt ab, Autos werden dennoch fleißig gekauft und die Arbeit geht auch in Zukunft nicht aus.

### MIT:INSIDE

Vorbericht zum Bundesmittelstandstag **30**

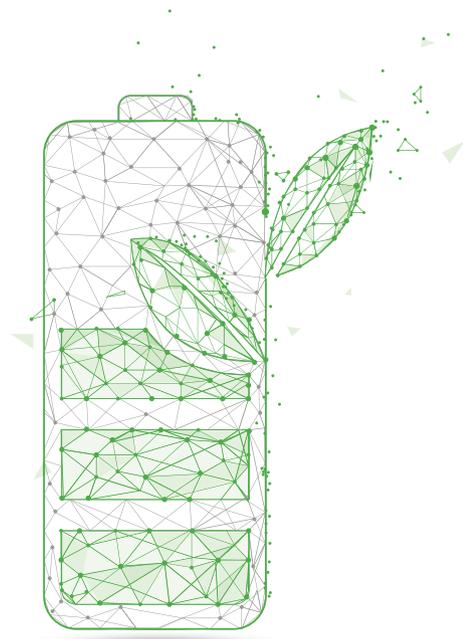
EU-Check **32**

Mitgliederstatistik **38**

Neumitglieder **39**



20



# Neue Freiräume?

Mit durchgängig

digitalen Prozessen im

Unternehmen.



Egal, was Sie geschäftlich planen: Die dafür notwendigen Freiräume verschaffen Sie sich mit durchgängig digitalen DATEV-Lösungen für sämtliche kaufmännischen Aufgaben. So können Sie sich ganz auf das Wesentliche konzentrieren – Ihr Unternehmen.

[Digital-schafft-Perspektive.de](https://www.digital-schafft-perspektive.de)



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

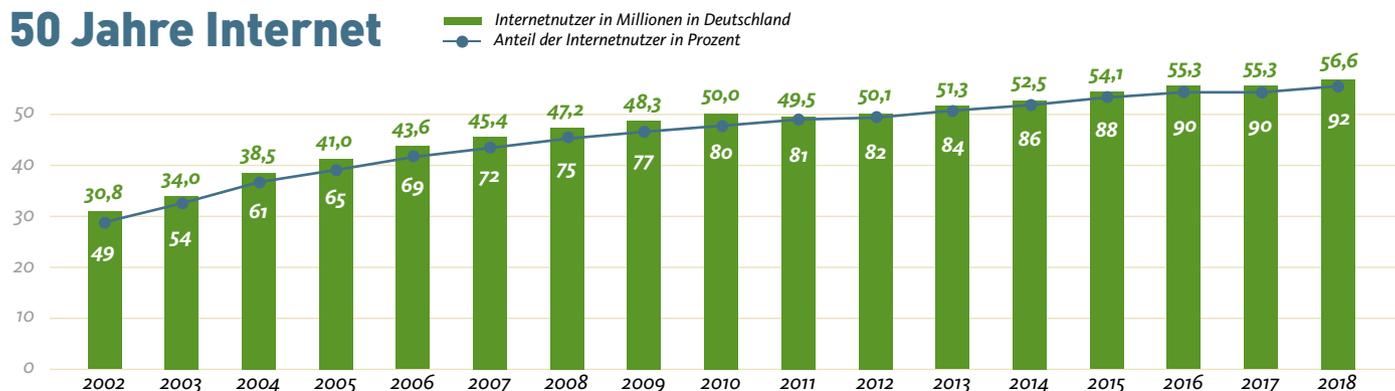


## Unternehmen investieren in Cybersicherheit

Mehr als zwei Drittel (68,5 Prozent) der Unternehmen planen, im Jahr 2020 mindestens fünf Prozent ihres IT-Gesamtbudgets für Cybersicherheit zu investieren – für das Jahr 2019 waren es nur 56 Prozent. 30 Prozent wollen 2020 sogar mehr als zehn Prozent investieren (2019: 19 Prozent). Das geht aus einer weltweiten Untersuchung der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungs-

gesellschaft PwC hervor. Ein wichtiger Grund für die gestiegene Bereitschaft: Die Cybersicherheits-Teams der Unternehmen werden sich in den nächsten Jahren verändern müssen. Davon sind 2.280 von 3.000 Unternehmen weltweit (76 Prozent) überzeugt, die von PwC befragt worden sind.

## 50 Jahre Internet



Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bitkom Research

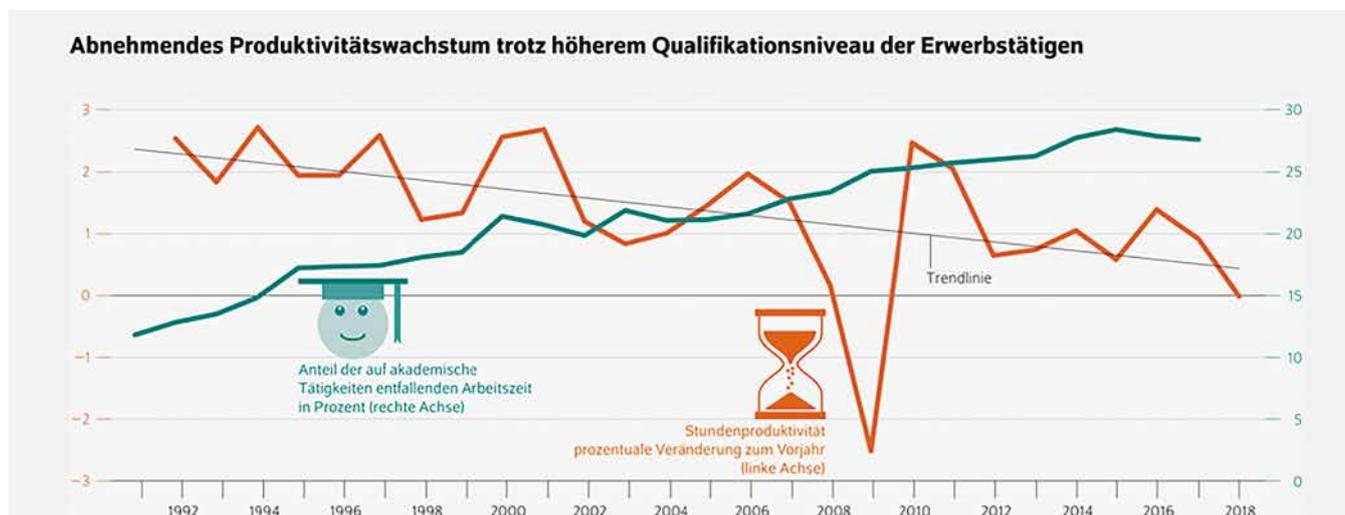
Am 30. August 1969 nahm mit dem ersten Knoten des „Arpanet“ der Vorläufer des Internets seinen Betrieb auf. Ursprünglich sollten bloß vier Universitäten in den USA miteinander verbunden werden. Heute sind nach Zahlen der International Telecommunications Union rund vier Milliarden Menschen online. 2001, als diese Zahlen erstmals erhoben wurden, waren es gerade einmal 495 Millionen oder acht Prozent der Weltbevölkerung. In Deutschland nutzen nach Zahlen der EU-Statistikbehörde Eurostat 92 Prozent der Menschen in der Altersgruppe zwischen 16 und 74 Jahren das Internet – das entspricht 57 Millionen Nutzern.

## 18 Prozent Umsatzverlust durch Wirtschaftskriminalität



Den Unternehmen in Deutschland gehen schätzungsweise 18 Prozent ihres Umsatzes durch Korruption, Kartelle und Schwarzarbeit verloren. Das ist das Ergebnis einer Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft. Dabei verteilen sich die Umsatzeinbußen in den drei genannten Kategorien der Wirtschaftskriminalität sehr unterschiedlich. Der Umsatzverlust durch Korruption liegt schätzungsweise bei rund 400 Milliarden Euro; Kartelle verursachen Einbußen von rund 470 Milliarden Euro und durch Schwarzarbeit gehen den Unternehmen in Deutschland mehr als 300 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr verloren. Die Umsatzverluste sind allerdings nicht gleichbedeutend mit den Schäden für die gesamte Wirtschaft, denn ein Teil der Umsätze wird schließlich dennoch erzielt – nur eben mit unlauteren Mitteln.

## Rückgängige Produktivitätszuwächse



Obwohl sich die Arbeitsmärkte in Deutschland und anderen entwickelten Ländern immer stärker „akademisieren“, wächst die Produktivität längst nicht mehr so stark wie früher. Während die Produktivität in den 70er Jahren jährlich noch um fast vier Prozent zulegte, waren es in den vergangenen acht Jahren weniger als ein Prozent. 2018 und in diesem Jahr stagniert die Produktivität.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sieht die zunehmende Bürokratisierung als einen möglichen Grund dafür an. Auffällig sei, dass der Rückgang des Produktivitätswachstums einhergehe mit einem steigenden Anteil an Tätigkeiten in Management- und Leitungsfunktionen sowie im Zusammenhang mit der Anwendung von Gesetzen und Vorschriften.

## Gefährdete Regionen in Ost wie West

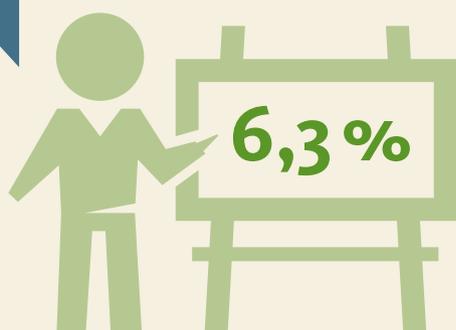
Von den 96 deutschen Regionen sind 19 in ihrer Entwicklung besonders gefährdet. Dort steht es in den Bereichen Wirtschaft, Demografie und/oder Infrastruktur schlecht um die Zukunftsfähigkeit. So lautet ein zentrales Ergebnis einer umfassenden Regionalstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Kooperation mit Wissenschaftlern von vier deutschen Hochschulen. Dabei fällt auf, dass die bloße Unterscheidung zwischen Stadt und Land oder Ost und West zu kurz greift. In der Kategorie Wirtschaft ste-

hen mit Duisburg/Essex, Emscher-Lippe und Bremerhaven drei städtisch geprägte westdeutsche Regionen am Ende des Rankings, erst danach folgt mit der Altmark eine ostdeutsche Region. Gerade im Osten konnten viele Regionen aufholen. Die Studienautoren machen vier Vorschläge für



die Regionalpolitik: Schuldenrisiko (ohne Anreizwirkungen außer Acht zu lassen), bürgerschaftliches Engagement (mit einer flexiblen kommunalen Verwaltung), Bildungsangebote (eng verzahnt mit der Wirtschaft) und Netzausbau (besseres Schienennetz und Breitbandausbau).

### „Angezählt“



Innerhalb eines Jahres stieg in Deutschland die Schulabbrecherquote von 5,7 auf 6,3 Prozent an – unter Ausländern sogar von 14,2 auf 18,1 Prozent. Das ist eines der Ergebnisse des INSM-Bildungsmonitors 2019. Die Vergleichsstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) zeigt: Die leistungsfähigsten Bildungssysteme haben Sachsen und Bayern, gefolgt von Thüringen, Saarland, Hamburg und Baden-Württemberg. Gegenüber dem Vorjahr konnte Bayern seine gute Position noch einmal verbessern und auf Platz zwei vorrücken. Bemerkenswert sind auch die Fortschritte im Saarland, das einen Sprung auf Platz 4 schaffte. Bremen konnte die „rote Laterne“ wieder an Berlin zurückgeben.

# Eine Geschichte leerer Versprechen

Von  
Kai Weise

**D**er Soli ist tot? Es lebe der Soli! Auch 28 Jahre nach seiner Ersteinführung hat die Bundesregierung weder den Willen noch die Kraft aufgebracht, den Steuer-Zuschlag komplett abzuschaffen. Damit bleibt die „Soli-Story“ eine unendliche Geschichte, in der Milliarden an Einnahmen stets wichtiger blieben als politische Glaubwürdigkeit. Und in der parteipolitische Interessen offenbar mehr zählten als die Geldbeutel der Bürger.

Die „Soli-Story“ – sie bleibt eine Geschichte leerer Politik-Versprechen. Eine, die Millionen Steuerzahler besonders aufmerksam verfolgt haben. Und die deshalb mehr als bloß Kopfschütteln, nämlich tiefen Frust und ein gestörtes Vertrauen in die Aufrichtigkeit von Steuer-Versprechen sowie in Handlungsfähigkeit und -willen der Politik insgesamt hinterlässt.

Denn hinter dem Soli stand stets ein Versprechen. Das Wort der Regierung, dass dieser Steuer-Zuschlag nicht von langer Dauer sei. Sondern eine Belastung auf Zeit. Um die hohen finanziellen Kosten der deutschen Einheit besser schultern zu können. „Alles bloß vorübergehend“, hieß es von der Regierung damals. Es war ein Versprechen an alle Deutschen: an die, die wenig Steuern zahlten, genauso wie an die, die viel Steuern zahlten. Ein Versprechen, das der Regierung Zustimmung für diese Steuererhöhung sicherte. Das sich Jahre später aber leider als sehr durchschaubarer Trick herausstellte. Denn egal, wer fortan regierte – Union oder SPD: Den Soli



**Kai Weise (40)** ist leitender Redakteur bei BILD. Dort schreibt er vor allem über Finanz- und Haushaltspolitik.

wollte außerhalb von Wahlkämpfen plötzlich niemand mehr abschaffen. Fast drei Jahrzehnte lang. Stets war dazu irgendwie gerade der „falsche Zeitpunkt“. Und so hat der Bund inzwischen durch diesen Steuerzuschlag satte 325 Milliarden Euro kassiert.

Und heute? Heute feiert die GroKo ihr seit mehr als einem Jahrzehnt überfälliges „Soli-weg-Gesetz“ wie ein großzügiges Geschenk an alle Steuerzahler: Obwohl die Abschaffung eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Obwohl das Gesetz erst 2021 in Kraft treten soll. Und obwohl es mehr als 2,5 Millionen Steuerpflichtige einfach ausspart.

Das endgültige Soli-Aus – es gilt also auch nach 28 Jahren nicht für

alle Deutschen. Sondern nur für die meisten. Top-Verdiener sollen weiterzahlen, sagt der Finanzminister. Und macht den Soli damit kurzerhand zur Reichensteuer Nummer zwei. Solange die Union all dies auch gegen die eigene Überzeugung mitmacht, und solange Verfassungsrichter dieser Lösung keinen Strich durch die Rechnung machen, bleibt der Soli also am Leben. Eine Abschaffung mit einem dicken Aber. Mit Ausnahmen. Mit einem Trick!

All dies geschieht im Namen der Gerechtigkeit, behauptet der Finanzminister. Im Namen einer angeblichen Gerechtigkeit, die vorsieht, dass Reiche offenbar keinen Anspruch darauf haben, dass Politik auch Ihnen gegenüber Wort hält. Damit mag Scholz im SPD-Lager sogar kräftig punkten. Wohl auch bei anderen Steuerzahlern. Getreu dem Motto: wer reich ist, wählt uns sowieso nicht. Doch mehr Gerechtigkeit schafft der Finanzminister auf diese Weise nicht. Im Gegenteil. Er schadet auch hier dem Vertrauen in die Politik. Wenn Millionen Deutsche auch in Zukunft weiter Soli zahlen sollen, dann ist das eben ein Bruch des alten Versprechens. Völlig egal, ob die restlichen Soli-Zahler viel oder wenig verdienen. Es ist ein Wortbruch – der nicht weniger schlimm ist, weil er „nur“ gegenüber Großverdienern begangen wird. Was für eine bittere Wahrheit nach fast drei Jahrzehnten Soli!

*Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.*

## Die Arbeit geht nicht aus

Immer mehr Jobs, die früher von Menschen ausgeübt wurden, können heute von Maschinen erledigt werden. Die Arbeit dürfte in den kommenden Jahren dennoch nicht ausgehen. Denn es entstehen ähnlich viele neue Jobs, wie durch die Digitalisierung vernichtet werden. Das haben Erhebungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ergeben. Völlige Entwarnung geben diese Zahlen aber nicht. Vor allem für gering Qualifizierte gibt es immer weniger Arbeitsplätze. Für diese Gruppe dürfte der Druck auf dem Arbeitsmarkt eher steigen. Gleichzeitig gibt es immer mehr Arbeitsplätze für Arbeitnehmer mit Hochschulabschluss.

### Neue Jobs ersetzen alte Jobs

Arbeitsplatzaufbau und -abbaurate\* auf dem deutschen Arbeitsmarkt (in %)



Die Angaben bis 1992 beziehen sich auf Westdeutschland, ab 1993 auf Gesamtdeutschland

\* Arbeitsplatzabbau/ -aufbau =  $\frac{\text{Arbeitsplatzabbau oder -abbau in Periode } t}{\text{Arbeitsplatzaufbau oder -abbau in Periode } t}$

-aufbau =  $\frac{\text{Zahl der Beschäftigten in Periode } (t-1) + \text{Zahl der Beschäftigten in Periode } t}{2}$

Basis: Betriebs-Historik-Panel, Administrative Wage and Labor Market Flow Panel, IAB Betriebspanel



@Statista.com

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

statista



## Verschuldung

Im **Maastricht-Vertrag** ist festgelegt, dass der gesamte Schuldenstand eines EU-Mitgliedslandes 60 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten soll. Die Neuverschuldung, das sogenannte Defizit, darf zudem bei maximal drei Prozent liegen („Defizithürde“). Grundsätzlich handelt es sich bei der staatlichen Verschuldung in Abgrenzung des Maastricht-Vertrags um den Brutto-Schuldenstand, die Finanzaktiva eines Staates werden nicht von den Schulden abgezogen. Obwohl im EU-Recht verankert, haben viele Länder gegen die Kriterien verstoßen, auch Deutschland. Die „Defizithürde“ hat Deutschland zuletzt stets eingehalten. In diesem Jahr fällt auch die Gesamtverschuldung erstmals seit 17 Jahren wieder unter 60 Prozent.

Die **Schuldenbremse** ist in Artikel 109 des deutschen Grundgesetzes verankert. Sie gilt für den Bund seit 2016, für die Länder ab 2020. Während die Schulden des Bundes auf 0,35 Prozent des BIP begrenzt sind, dürfen die Länder ab kommendem Jahr keine von der Konjunktur unabhängigen Schulden mehr machen.

Im Gegensatz zur Schuldenbremse ist die „**Schwarze Null**“ nicht im Grundgesetz verankert. Sie ist im aktuellen Koalitionsvertrag als Ziel ausgegeben. Gemeint ist damit ein ausgeglichener Haushalt: staatliche Einnahmen sind genauso hoch wie die Ausgaben, eine Neuverschuldung ist nicht notwendig.

## Lust am Autokauf bleibt hoch



Der Kauf eines Neu-, Jahres- oder Gebrauchtwagens lässt die Herzen der Autofahrer in Deutschland unverändert höher schlagen. Mehr als jeder Dritte plant innerhalb der nächsten 18 Monate einen Fahrzeugwechsel. Deutlich gestiegen ist das Interesse an Gebrauchtwagen. Deutsche Premiumhersteller stehen hoch im Kurs. Das belegt eine aktuelle Aral-Studie. Die Studie zeigt auch, dass das Kaufinteresse für Hybrid- und Elektrofahrzeuge wächst. Gleichzeitig steigt die Erwartungshaltung an die Reichweite und die Ladedauer von Elektroautos. Und obwohl immer mehr Fahrerassistenzsysteme als Vorboten autonomer Fahrzeuge zum Alltag gehören, können sich immer weniger Befragte vorstellen, das Lenkrad vollständig aus der Hand zu geben.

## VERKEHRSWENDE

# Was können die verschiedenen Antriebstechnologien?

E-Auto, Wasserstoff oder doch der Verbrennungsmotor? Die Suche nach der Antriebstechnologie der Zukunft läuft auf Hochtouren. Im Silicon Valley, in Wolfsburg und in Batteriezellfabriken im asiatischen Raum arbeiten intelligente Köpfe an der Quadratur des Kreises: Wie kommen wir mit eigenem Auto von A nach B, ohne die Umwelt zu schädigen?

**D**ie deutsche Automobilindustrie ist unter Druck. Immer weniger junge Menschen machen einen Führerschein. In den Großstädten und Ballungszentren drängen mehr und mehr Carsharing-Anbieter auf den Markt und machen private Pkw unnötig. Eine Studie des ADAC kam zu dem Ergebnis, dass ein Carsharing-Fahrzeug mindestens drei Pkw ersetzen kann. Der Carsharing-Bundesverband BCS rechnet für die Zukunft sogar mit bis zu 20 zu ersetzenden Autos.

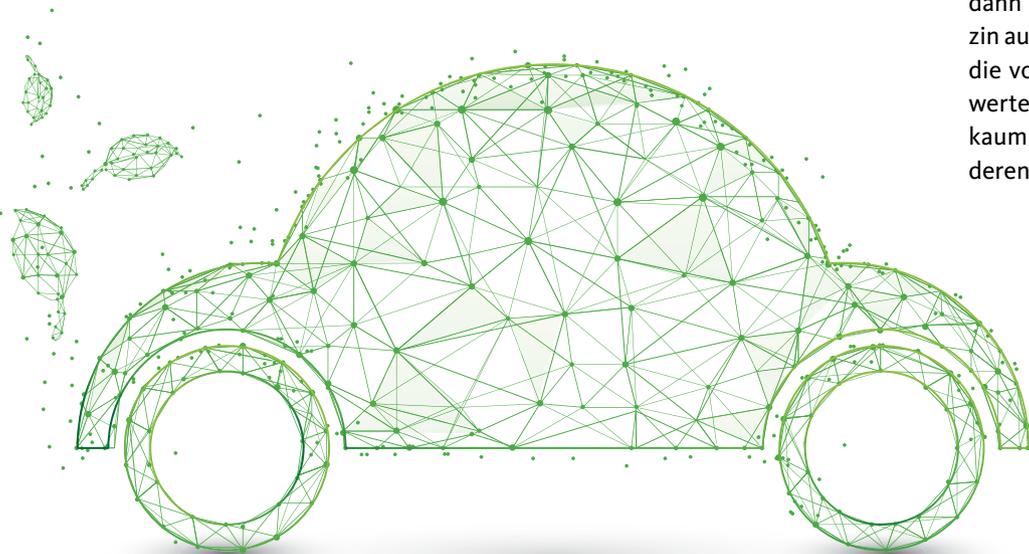
Ein Pkw in Privatbesitz steht im Schnitt 23 Stunden am Tag ungenutzt herum. In dieser Zeit blockiert er Park-

plätze in Städten, in denen Platz ohnehin knapper wird. Zwar stieg die Zahl der neu zugelassenen Autos in den letzten Jahren an. Aber die deutsche Automobilindustrie muss trotzdem davon ausgehen, dass der Bedarf an Autos, zumindest in Deutschland, eher abnimmt als steigt.

Daneben gibt es weitere Herausforderungen für die deutsche Autoindustrie. Sie wird nicht darum herumkommen, umweltfreundlichere Autos zu bauen. Dazu muss sie auch auf neue Antriebstechnologien setzen. Aber das wird schwer, denn die Stärke der deutschen Autobauer ist immer noch der Verbrennungsmotor.

Der stößt aber zu viel CO<sub>2</sub> aus. Den Autobauern werden von der EU strikte Vorgaben gemacht. Die gesamte Autoflotte eines Herstellers darf ab 2021 nur noch 95 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer ausstoßen. Ab 2030 sind es dann nur noch rund 60 Gramm. Momentan liegt der Durchschnitt bei 130 Gramm. Da die gesamte Flotte gemessen wird, dürfen einzelne Modelle über dem Wert liegen, so lange genug andere darunter liegen.

Die Bundesregierung hatte für höhere Grenzwerte gekämpft, in Brüssel jedoch den Kürzeren gezogen. Allein mit Diesel, Benzin und dem Verbrennungsmotor werden diese Werte nicht einzuhalten sein. Ein Benziner dürfe dann nur noch zwei bis drei Liter Benzin auf 100 Kilometer verbrauchen, um die von der EU vorgegebenen Grenzwerte einzuhalten. Physikalisch ist es kaum möglich, Fahrzeuge zu bauen, deren Verbrauch im regulären Betrieb



deutlich unter sechs Litern liegt. Die Hersteller müssen also andere Antriebstechniken in ihre Flotten aufnehmen. Zur Auswahl stehen: das E-Auto, das Wasserstoffauto und synthetische Kraftstoffe. Letztere sind Kraftstoffe, die nicht auf fossilen Rohstoffen basieren.

### Grenzwerte statt Wettbewerb

Was wie ein spannender Wettbewerb um die beste Technologie klingt, ist aus Sicht der deutschen Autoindustrie bereits entschieden. VW, Audi, BMW und Mercedes setzen auf das E-Auto. Das hat nicht unbedingt mit einer etwaigen technischen Überlegenheit des E-Autos zu tun. Es liegt vor allem an der Art, wie in der EU der CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Autoflotten gemessen wird: „Tank to Wheel“. Der Ausdruck meint letztendlich, dass gemessen wird, was aus dem Auspuff kommt. Die vorgelagerte Wertschöpfungskette zahlt nicht auf das CO<sub>2</sub>-Konto ein. Da ist es nur logisch, dass das E-Auto die besten Werte aufweist. Während der Fahrt stößt es keine klimaschädlichen Emissionen aus. Synthetische Kraftstoffe tun das schon, wenn auch in geringerem Maß als Benzin und Diesel. Würde in den CO<sub>2</sub>-Wert der Autoflotten auch der Ausstoß eingerechnet, der in der Herstellung anfällt, sähe es für das E-Auto schlechter aus (siehe Seite 15).

Das Wasserstoffauto hingegen wäre dem E-Auto in Bezug auf die Emissionen ebenbürtig. Außerdem ist die Reichweite eines Wasserstoffautos mit der Reichweite eines Verbrennungsmotors vergleichbar. Genau genommen ist das Wasserstoffauto ein alter Hut. Bereits 1807 baute der Franzose Issac de Rivaz das erste Wasserstofffahrzeug. Und 2006 vertrieb Mazda als erster Autohersteller ein Fahrzeug mit Wasserstoffverbrennungsmotor. Aber durchsetzen konnte sich das Wasserstoffauto nie. Hinter dem Scheitern steckt auch ein



**Christoph Ploß (34)** ist CDU-Bundestagsabgeordneter aus Hamburg. Das Mitglied des Verkehrsausschusses im Bundestag will die Produktion synthetischer Kraftstoffe fördern.

Henne-Ei-Problem: Es gibt so gut wie keine Tankstellen, weswegen kaum jemand die Autos kauft. Und weil die Autos nicht gekauft werden, baut kaum jemand Tankstellen. Stand Juni 2019 sind in Deutschland 386 Wasserstoffautos zugelassen – bei 74 Tankstellen. Demgegenüber stehen mehr als 83.000 E-Autos. 2018 waren es noch rund 53.000.

### Kraftstoffe ohne Erdöl

Eine weitere Antriebstechnologie, die dem E-Auto ebenbürtig sein kann, sind synthetische Kraftstoffe. Diese werden meist aus Biomasse gewonnen. Gegenüber dem E-Auto haben die synthetischen Kraftstoffe einige Vorteile. Für sie muss keine Ladeinfrastruktur geschaffen werden. Der Kraftstoff kann wie früher an der Tankstelle getankt werden. Außerdem verfügen sie über eine deutlich höhere Reichweite als Elektroautos. Da die Kraftstoffe zudem aus nachwachsenden Pflanzen gewonnen werden, geben diese bei der Verbrennung nur das zuvor aufgenommene CO<sub>2</sub> wieder ab. Allerdings würden zur Gewinnung der Rohstoffe riesige Anbauflächen benötigt, auf denen auch Nahrungsmittel angebaut werden können. Als alleinige Antriebstechnologie der Zukunft scheiden die aus Biomasse gewonnenen Kraftstoffe damit aus.

Eine Unterart der synthetischen Kraftstoffe sind „E-Fuels“. Diese werden mit Strom aus Wasser und Kohlendioxid hergestellt. Dieser Prozess wird „Power-to-Fuel“ genannt. Ein großer Vorteil ist, dass auch dieser Kraftstoff mit heutigen Verbrennungsmotoren genutzt werden kann. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Verkehrsexperte Christoph Ploß ist deswegen ein Anhänger der Technologie. „Wir haben bereits das Tankstellennetz und die notwendige Logistik. Außerdem sehe ich darin eine große Chance für die deutschen Mittelständler und Autobauer“, sagte Ploß dem Mittelstandsmagazin. Weltweit gebe es noch keine Massenproduktion von E-Fuels. Diese Lücke könne Deutschland mit seiner Ingenieurskunst schließen. „Die E-Fuels haben allerdings einen großen Nachteil“, schränkt Ploß ein. Ihre Herstellung sei sehr energieintensiv. Er regt deswegen an, dass Deutschland mit sonnen- und windreichen Regionen, etwa in Nordafrika oder dem arabischen Raum, kooperieren müsse, um die Kraftstoffe herzustellen. Für E-Fuels spreche aber noch ein weiterer Punkt. „Es wird in den nächsten Jahrzehnten kein E-Flugzeug geben. Der einzige Weg zum CO<sub>2</sub>-neutralen Fliegen sind die E-Fuels. Anders werden wir in der Luft- und Schifffahrt unsere Klimaziele nicht erreichen“, ist sich Ploß sicher. Die große Herausforderung sei deswegen die industrielle Großproduktion der E-Fuels.

### Erneuerbarer Strom macht E-Autos umweltfreundlich

Christoph Ploß ist sich deswegen in einer Sache sicher: Die europäischen Autobauer können momentan eigentlich nur auf E-Autos setzen, da die EU nur das misst, was aus dem Auspuff kommt. Und da sind E-Autos unschlagbar. Würde allerdings der gesamte Herstellungsprozess, von der Wiege bis zur Bahre, eingerechnet werden, sähe es für das E-Auto schlechter

aus. Eine Studie des ifo-Instituts kam zu dem Ergebnis, dass E-Autos einen höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß haben als Diesel (siehe Seite 15). Da der Strom, der die E-Autos antreibt, in Deutschland immer noch häufig aus Kohle gewonnen wird, belastet das die CO<sub>2</sub>-Bilanz des E-Autos. Allerdings wird das momentan eben nicht in den Flottenausstoß mit eingerechnet. An der ifo-Studie gab es allerdings auch Kritik. Den Verfassern wurde vorgeworfen, das E-Auto absichtlich schlecht zu rechnen. Es ist schwer, seriös zu messen, ab wie viel gefahrenen Kilometern ein E-Auto umweltfreundlicher ist als ein Diesel. Und Lobbygruppen auf beiden Seiten sind stets bemüht, Studien vorzustellen, die ihr jeweiliges Produkt im besten Licht darstellen. Als sicher gilt: ab 150.000 gefahrenen Kilometern ist die CO<sub>2</sub>-Bilanz von E-Autos in jedem Fall, auch beim momentanen deutschen Strommix, besser als die von



Dieseln und Benzinern. Und sowohl das E-Auto als auch die E-Fuels werden umweltfreundlicher, je mehr Strom aus erneuerbaren Energien gewonnen wird. Momentan sind das rund 37 Prozent des deutschen Stroms. Je weiter dieser Anteil steigt, desto besser wird auch die CO<sub>2</sub>-Bilanz von E-Autos.

Die eine Antriebstechnologie, die alle anderen aussticht, wird es wohl nicht geben. Um die Klimaziele und die Vorgaben der EU beim Flottenausstoß einzuhalten, braucht es einen Mix. Momentan kann hier mit Elektromobilität am meisten erreicht werden. Das liegt aber vor allem daran, dass die EU nur den Ausstoß der Fahrzeuge misst, nicht aber die vorgelagerte Wertschöpfungskette. Das kann nur gelöst werden, wenn die EU ihre CO<sub>2</sub>-Regulierung reformiert. Christoph Ploß spricht sich dafür aus: „E-Fuels müssen auf europäischer Ebene angerechnet werden. In dem Moment werden sie auch für die Autoindustrie

interessant, weil sie so ihren CO<sub>2</sub>-Flottenwert senken können.“ Und auch das Wasserstoffauto sollte nicht völlig vergessen werden. Zwar ist es sehr aufwendig, Wasserstoff transportfähig zu machen. Er muss dazu entweder stark komprimiert oder stark abgekühlt werden. Beides kostet sehr viel Energie und kommt deswegen für private PKW nicht in Frage. Für Lkw und Spediteure könnte es aber durchaus eine Option sein. Das macht aber nur mit regenerativ hergestelltem Wasserstoff Sinn. Auch dazu bräuchte es eine entsprechende Infrastruktur. Für Nutzfahrzeuge würden aber etwa 100 Tankstellen ausreichen, um eine sinnvolle Abdeckung zu erzielen.

### Die Mobilität der Zukunft

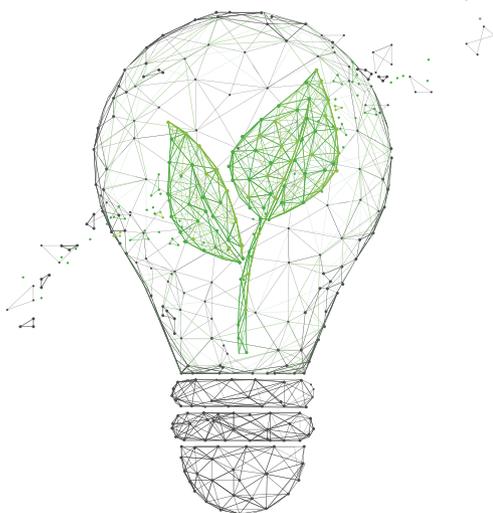
In einem sind sich die meisten Experten einig: Die wohl größte Rolle für die Zukunft der Mobilität werden unabhängig von der Antriebstechnologie Carsharing-Plattformen spielen. Der Zukunftsforscher Daniel Dettling ist sich sicher, dass der Individualverkehr seine beste Zukunft noch vor sich hat. Er sagt: „Mobilitätsentwicklungen und Trends gehen immer vom Individuum aus.“ Deswegen sei auch das Fliegen so beliebt. „Es wird eben geflogen, weil es schnell und billig ist. Die Bahn hingegen ist teuer und bietet zu wenig Qualität.“ Die große Frage sei deswegen, wie dieser Wunsch nach Freiheit mit den neuen Anforderungen – dem Klimawandel aber auch der Sicherheit im Straßenver-

kehr – vereinbart werden kann. Letztendlich geht es um eine Mobilität nach Lust und Laune, ohne dass jeder ein eigenes Auto besitzt. „Der öffentliche Personennahverkehr muss zu einem individuellen öffentlichen Nahverkehr werden. Wien macht das schon heute mit einem All-in-one-Mobilitätsabo“, sagt Dettling. Die Wiener können ein Abo abschließen, mit dem sie Zugang zu allen Formen der Mobilität erhalten. Das Herzstück dieses Konzeptes ist die intelligente Verbindung der individuellen und öffentlichen Mobilität. Dieses Konzept ist nach Einschätzung Dettlings nicht nur für Großstädte und Ballungszentren geeignet. Auch der ländliche Raum profitiert von Mobilitätsknotenpunkten, nur wird die Entwicklung dort hin etwas länger dauern. Aber spätestens wenn sich das autonome Fahren durchsetzt, werde auch hier das private Auto immer unwichtiger.

Dettling glaubt ebenso wenig an die eine Technologie, die alle Probleme löst. „Norwegen ist beispielsweise Vorreiter, wenn es um E-Autos geht. Der Trend hat aber zu mehr Pkw in privater Hand geführt. Die Innenstädte dort sind heute verstopfter als vor dem E-Auto-Boom“, sagt Dettling. „Beim E-Roller dachte man auch, dass er den Mobilitätsmix ergänzt und die Leute weniger Auto fahren.“ Das Resultat seien aber vor allem Touristen, die mit den Rollern die Gehwege blockierten. „Solche Maßnahmen wirken nur, wenn sie in ein Gesamtkonzept eingebunden sind.“ ●



**Micha Knodt**  
Volontär  
knodt@mit-bund.de



## Braucht Ihr Unternehmen einen Wachstumsschub?

Ina Henze-Ludwig,  
Geschäftsführerin, COLANDIS GmbH

Europa bietet Ihnen ganz neue Möglichkeiten – und die passenden Partner.

Ina Henze-Ludwig fand: „Es ist an der Zeit, dass mein Unternehmen wächst.“ Sie kontaktierte das Enterprise Europe Network, um alles über die Chancen des Europäischen Binnenmarktes für ihr Unternehmen zu erfahren. Das Enterprise Europe Network half ihr, neue Geschäftspartner zu finden – über Kontaktvermittlungen und Kooperationsbörsen sowie das weltweit größte Online-Verzeichnis (für Business-Kontakte).

Warum machen Sie es nicht wie Ina Henze-Ludwig? Die Möglichkeit, Ihr Unternehmen weiterzubringen, liegt in Ihrer Hand.

Unter [www.een-deutschland.de](http://www.een-deutschland.de) erfahren Sie, was das Enterprise Europe Network für Sie tun kann.



Wir stehen Unternehmen zur Seite.

MOBILITÄT

# E-Autobatterien und die Folgen für die Umwelt



Während die Europäische Union voll auf Elektromobilität setzt, zweifeln Experten immer wieder an der Umweltfreundlichkeit von E-Autos. Die Herstellung der Batterien ist ressourcen- und energieintensiv.

**Ü**ber die CO<sub>2</sub>-Bilanz von E-Autos wird viel gestritten. Kürzlich veröffentlichte das Ifo-Institut eine Studie. Die Autoren um den Ökonomen und früheren Ifo-Präsidenten Hans-Werner Sinn kamen zu dem Ergebnis, dass das E-Auto das Klima um bis zu 28 Prozent mehr belastet als ein Dieselauto. Das Ergebnis kam überraschend, denn eigentlich gelten E-Autos als weniger klimaschädlich. Wie kam das Ifo-Institut zu seinen Ergebnissen? Die Wissenschaftler bezogen neben den Emissionen, die beim Betrieb des E-Autos ausgestoßen werden, auch die Emissionen der Batterie- und Stromherstellung in ihre Messungen ein. Daran entzündete sich Kritik. Die Studie rechne das E-Auto absichtlich schlecht, so der Vorwurf.

Tatsächlich schleppt jedes E-Auto, wenn es aus dem Werk kommt, einen größeren CO<sub>2</sub>-Rucksack mit sich herum als ein Verbrenner. Das liegt vor allem an der Herstellung der Batterien. Für die Batterien von E-Autos werden Lithium-Ionen-Akkus benötigt. Lithium wird beispielsweise bei der Herstellung von Smartphones benötigt. Die Nachfrage nach Lithium ist in den letzten 15 Jahren rasant gestiegen. Lag der Preis 2004 für eine Tonne Lithium noch bei rund 1.500 US-Dollar, stieg er bis 2018 auf 16.500 US-Dollar.

„Die größten Lithium-Vorkommen gibt es in Australien und in den südamerikanischen Anden. Dort entsprechen die Arbeitsbedingungen den internationalen Standards“, erklärt Reinhard Stuth. Der Fachsprecher für Energie, Umwelt und Klimaschutz der MIT Hamburg berät beruflich unter anderem Bergbau-Unternehmen in Südamerika. An der Grenze zwischen

Chile, Bolivien und Argentinien liegt das sogenannte Lithiumdreieck. Dort sollen bis zu 70 Prozent der weltweiten Vorkommen liegen. „Die Umweltbedingungen beim Abbau von Lithium sind in Südamerika allerdings teilweise kritisch“, so Stuth. Die Maschinen würden den Untergrund teilweise durchpflügen. Dabei würden die natürlichen Barrieren zwischen Salz- und Süßwasser zerstört und das Trinkwasser kontaminiert. Allerdings achteten die deutschen Autohersteller zunehmend auf die Einhaltung hoher Sozial- und Umweltstandards, so Stuth. Die Bedingungen bei der Förderung von Öl seien deutlich schlechter.

### Die Mischung macht's

Ein weiteres Problem: Die Herstellung der Batterien benötigt viel Strom. Momentan sitzen die meisten Batteriefabriken im asiatischen Raum. Dort wird Strom zum großen Teil noch aus Kohle und Erdöl gewonnen, was viel CO<sub>2</sub> freisetzt. Stuth setzt deswegen große Hoffnungen in neue Batteriefabriken auf europäischem Boden. Dort ist der Anteil an erneuerbaren Energien am Strommix höher. Der Autohersteller Tesla betreibt seine Akku-Fabrik selbst. Der Strom kommt nach Angaben des Unternehmens aus erneuerbaren Energien. Nachprüfen lässt sich das nicht. Da Tesla mit seiner Tochter Solar City allerdings auch das zweitgrößte Photovoltaikunternehmen der USA besitzt, dürfte der Energiemix für die Teslabatterien tatsächlich umweltfreundlicher als im asiatischen Raum sein.

Die schlechte Klimabilanz der Akkus dürfte künftig auch durch mehr Recycling besser werden. Das Ifo-Institut rechnet in seiner Studie damit, dass die Akkus nach 150.000 Kilometern auf dem Müll landen. Allerdings sind die Akkus nicht nutzlos, nur weil sie zu schwach geworden sind, ein E-Auto zu betreiben. Volkswagen möchte alte Akkus als mobile Ladesäulen nutzen, Mercedes-Benz als Energiespeicher. Außerdem schreibt die EU schon heute vor, dass 50 Prozent des Lithiums recycelt werden müssen. Volkswagen hat sich sogar eine Quote von 97 Prozent zum Ziel gesetzt. ●



**Micha Knodt**  
Volontär  
knodt@mit-bund.de



DEBATTE UM SPRACHDEFIZITE

# Eine Vorschulpflicht ist kein Grundschulverbot



Kinder, die kaum Deutsch sprechen, sollten in Vorschulen fit für die Grundschule gemacht werden. Das hat im August MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann gefordert und damit gleich drei bundesweite Debatten angestoßen: über Bildung als Schlüssel zur Integration, die Arbeitsweisen im Journalismus und den Zustand der Debattenkultur in Deutschland.

**W**as hatte der CDU-Bundestagsabgeordnete gesagt? In einem Interview mit der Rheinischen Post sprach Linnemann über die CDU, die Klimapolitik und die Integration. „Bis tief hinein in die Mittelschicht erlebe ich Eltern, die ihre Kinder auf Privatschulen schicken, weil das Niveau an staatlichen Schulen sinkt“, klagte er zunächst an. Auf die Frage „Was tun?“ antwortete er: „Es reicht nicht nur, Sprachstandserhebungen bei Vierjährigen durchzuführen, sondern es müssen auch Konsequenzen gezogen werden. Um es auf den Punkt zu bringen: Ein Kind, das kaum Deutsch spricht und versteht, hat auf einer Grundschule noch nichts zu suchen. Hier muss eine Vorschulpflicht greifen, notfalls muss seine Einschulung auch zurückgestellt werden. Das kostet Geld, aber fehlende Integration und unzureichende Bildung sind am Ende viel teurer.“

Linnemann stellte also bundesweite verpflichtende Sprachtests und eine Vorschulpflicht für Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen in den Raum. Eine bildungspolitische Revolution war das nicht. Weil die Nachrichtenagentur dpa das Interview aber unter der Überschrift „CDU-Politiker: Grundschulverbot für Kinder, die kein Deutsch können“ verbreitete und viele Medien dies übernahmen, war die Aufregung groß. Zwar korrigierte die dpa einen Tag später die Meldung samt Entschuldigung



**Evelyn Jäger (45)** ist Lehrerin an der Moabiter Grundschule in Berlin. Sie fordert gleiche Startchancen für alle Grundschüler.

gung. Da war der Zug der empörten Überschriftenleser aber bereits abgefahren, einschließlich einiger Abgeordneter der CDU.

### Unterstützung von Lehrerverbänden

Der MIT-Vorsitzende traf jedoch mit seiner Forderung vor allem den Nerv vieler Lehrer. „Carsten Linnemann hat mit seiner Problembeschreibung absolut recht“, sagte Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, der Zeitung „Die Welt“. „Wir müssen uns end-

lich ideologiefrei dem Problem widmen, dass inzwischen ein Fünftel bis ein Viertel der Erstklässler nur schlecht oder gar kein Deutsch kann.“ Er sprach sich für flächendeckende Sprachstandserhebungen aus. Kinder, die nur unzureichend Deutsch sprächen, sollten zum Kitabesuch verpflichtet werden – Sprachförderung inklusive. Unterstützung kam auch von Susanne Lin-Klitzing, der Vorsitzenden des Deutschen Philologenverbandes: „Ich bin für eine Einschulung dieser förderbedürftigen Kinder in Vorklassen, sozusagen eine nullte Klasse, um Deutsch zu lernen“, sagte sie. Dabei dürfe es allerdings nicht bleiben. „Anschließend braucht es die weitere parallele Sprachförderung zum Unterricht.“

### Unfaire Startbedingungen

Wie sich die Situation in einem Berliner Problembezirk darstellt, davon kann Evelyn Jäger berichten. Sie unterrichtet als Lehrerin an einer Grundschule im Berliner Stadtteil Moabit. Dort haben fast 70 Prozent der Schüler eine sogenannte nichtdeutsche Herkunftssprache. „Oft kommen Kinder mit so großen Sprachdefiziten zu uns, dass es eigentlich schon zu spät für sie ist“, sagte die 45-Jährige dem Mittelstandsmagazin. Zwar biete die Grundschule zusätzliche DaZ-Stunden („Deutsch als Zweitsprache“) und Förderunterricht in kleinen Gruppen. Das Problem sei aber,





dass viele Eltern ebenfalls kaum oder gar kein Deutsch sprachen, zuhause also weiter in der Muttersprache kommuniziert würde. Sie betont jedoch auch: „Die Sprache ist nur ein Manko. Die Standards sinken seit Jahren in vielen Bereichen, ob bei der Lernbereitschaft, der Konzentration oder auch der Motorik – und das längst nicht nur bei Kindern mit Migrationshintergrund.“ Ziel müsse es daher sein, gleiche Startchancen für alle zu erreichen. „Wenn die Kinder mit so unfairen Bedingungen starten müssen, führt das zuerst zu Frustration, dann zu Resignation, dann zu Auffälligkeiten und am Ende oft zum verpassten Schulabschluss.“ Das sei am Ende viel teurer als eine Vorschule. „Es ist daher gut, dass durch die Diskussion endlich mal das Bewusstsein für ein riesiges Problem geschärft wurde“, sagt Jäger.

### **Deutsche mehrheitlich für Vorschulpflicht**

Die Mehrheit der Bundesbürger steht hinter dem Vorstoß von MIT-Chef Carsten Linnemann für eine Vorschulpflicht. Das belegen zwei unabhängig voneinander durchgeführte repräsentative Befragungen. Das Meinungsforschungsinstitut Insa fragte nach der Zustimmung zu Linnemanns konkreter Aussage, wonach ein Kind das kaum Deutsch spricht und versteht, auf einer Grundschule noch nichts zu suchen habe. 52 Prozent der Männer, 48 Prozent der Frauen und damit insgesamt 50 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu. Rund 32 Prozent lehnten eine Zurückstellung wegen Sprachproblemen ab. Der Rest zeigte sich unentschieden. Unter den Anhängern von CDU und CSU lag die Zustimmung bei rund 60 Prozent.

Das Institut Kantar Emnid kam in einer weiteren Befragung zu dem Ergebnis, dass 37 Prozent der Befragten dafür sind, dass für alle Fünfjährigen ein verpflichtendes Vorschuljahr gelten soll. 26 Prozent der Befragten wollen ein verpflichtendes Vorschuljahr nur für die Kinder, die einem Schulunterricht auf Deutsch nicht folgen können. 33 Prozent der Befragten lehnen eine Vorschulpflicht dagegen komplett ab.

### **Sprachtests: kaum Verbindlichkeit**

Den Bundesländern ist das Problem jedenfalls seit langem bekannt. Fast alle Länder führen Sprachtests durch, in jedem Land gibt es eigene Konzepte. Wenn Sprachprobleme festgestellt werden, werden teilweise Fördermöglichkeiten angeboten. Doch die Teilnahme daran ist oft freiwillig. Bußgelder oder andere Sanktionen bei Nichtteilnahme gibt es praktisch nicht. Eine spätere Einschulung wird nur in Bayern und Hessen durchgesetzt.

Positiv sticht Hamburg heraus. Dort werden seit 2006 alle Kinder mit viereinhalb Jahren durch speziell ausgebildete Sprachlernberater getestet. Im Falle größerer Defizite wird für das letzte Vorschuljahr eine verpflichtende Sprachförderung ausgesprochen. Diese findet in eigenen Vorschulklassen an den Grundschulen statt oder seltener in den Kitas. Die Vorschulklassen, die es in Hamburg seit 1970 gibt, sind sogar so beliebt, dass der Großteil der Schüler sie freiwillig besucht.

Linnemann sähe dieses Modell gerne in allen Bundesländern einheitlich verwirklicht: „Ich möchte deutschlandweit verbindliche Tests für alle. Wer diese Tests nicht besteht, sollte zu einer Vorschule verpflichtet werden.“ Wie die vorschulische Sprachförderung dann letztlich aussehe, solle weiter den Ländern überlassen sein. „Ich persönlich halte Vorschulen für zielführend, aber auch eine Kita-Pflicht mit speziell auf Sprachvermittlung geschulten Erziehern kann den richtigen Impuls geben.“

In einem sind sich alle Experten einig: Die Sprache ist der Schlüssel zu Integration, zu schulischem und beruflichem Erfolg. Linnemann: „Das Beherrschen der deutschen Sprache ist das A und O, um auf dem Arbeitsmarkt und in unserer Gesellschaft Fuß fassen zu können. Wenn wir allen Kindern, egal welcher Herkunft, möglichst gute Startchancen geben wollen, müssen wir hier ansetzen.“ ●



**Hubertus Struck**  
Redakteur/CvD  
struck@mit-bund.de

# Die smarte HP OfficeJet Pro Serie druckt professionelle Dokumente und erleichtert die Arbeit



**M**ittelständische Firmen sind der Motor der deutschen Wirtschaft. Allerdings stehen Mittelständler vor einer Reihe von Herausforderungen. Dazu gehört nicht nur die digitale Transformation, sondern vor allem auch entsprechend professionell produzierte Materialien – egal, ob es sich dabei um Marketingmaterialien, Rechnungen oder Verträge handelt. Solche Dokumente drucken zu lassen, ist oftmals zu teuer und zu zeitaufwendig. Die HP OfficeJet Pro Serie bietet den Mittelständlern professionelle Ausdrücke und eine einfache Handhabung.

Besonders HP Smart Tasks App erleichtert Mitarbeitern das Leben. Sie ist die erste mobile Lösung ihrer Art und automatisiert Scan-Aufgaben. Sich wiederholende Aufgaben werden so automatisch durchgeführt und sparen wertvolle Arbeitszeit der Mitarbeiter. Dokumente lassen sich dank HP Smart Tasks um bis zu 50 Prozent schneller organisieren und auch beidseitiges Drucken sowie erweiterte Scan-Funktionen sind mög-

lich. Die gescannten Dokumente sind schnell und unkompliziert in die Cloud oder per Email versendbar. Editierbare PDFs können Anwender direkt von ihrem Handy oder Drucker scannen. Darüber hinaus wartet die HP OfficeJet Pro Serie mit innovativen Sicherheitsfunktionen für Datenschutz und -kontrolle auf. Dazu gehört eine verschlüsselte Übertragung der gesendeten Daten ebenso wie eine sich selbst reparierende WiFi-Verbindung, sodass Anwender stets vernetzt bleiben.

## Sparpotenzial Tinte

Satte 70 Prozent können Mittelständler mit dem HP Instant Ink Service einsparen. Der Service sendet automatisch neue Tintenpatronen, bevor die Patrone leer ist. Damit sind eine Just-in-Time-Lieferung und ein unterbrechungsfreier Betrieb der Drucker gewährleistet. Dank des neuen „Instant Ink Business“-Plan mit 700 Seiten Druckvolumen pro Monat bietet HP kleinen und mittelständischen Unternehmen mit hohem Druckaufkommen

eine kostengünstige Möglichkeit zum Drucken, aber auch die HP XL-Patronen mit einem höheren Tintenvolumen als herkömmliche Tintenpatronen sorgen für eine höhere Effizienz zu einem erschwinglichen Preis.

## Nachhaltigkeit – ein Thema für Unternehmen und HP

Nachhaltigkeit wird für Unternehmen immer wichtiger. Auch HP schreibt das Thema groß. So besteht das HP OfficeJet Pro 8000 Modell zu 15 Prozent aus recycelten Materialien. Auch die HP Tintenpatronen bestehen aus wiederverwerteten Materialien – und zwar zu satten 80 Prozent. Auch beim Energieverbrauch sind die Modelle der HP OfficeJet Serie sparsam. Für Unternehmen sind dies gute Gründe, sich für die HP Drucker zu entscheiden. Denn auch Mittelständler müssen sich den Herausforderungen an Professionalität, aber auch Nachhaltigkeit stellen, um weiterhin erfolgreich am Markt zu agieren. Mit der HP OfficeJet Pro Reihe treffen sie in dieser Hinsicht die richtige Entscheidung. ●

WOLFGANG BOSBACH IM INTERVIEW

# „Wir brauchen eine Renaissance für die Wirtschafts- und Finanzpolitik“

## **H**err Bosbach, wie geht es Ihnen?

**Wolfgang Bosbach:** Den Umständen entsprechend gut. Ich habe gelernt, mit den Krankheiten zu leben. Das ist kein Vergnügen, ich nehme auch alle Arzttermine pünktlich wahr. Für mich ist entscheidend, dass ich mein Leben so leben kann, wie ich es gerne leben möchte.

## **In den Medien werden Sie manchmal noch „CDU-Politiker“, manchmal „der frühere CDU-Politiker“ genannt. Was sind Sie denn?**

Ich bin nach wie vor jeden Tag politisch aktiv, aber ich habe kein öffentliches Amt mehr. Und man kann sich auch politisch und parteipolitisch engagieren, ohne dass man

Mandatsträger ist. Insofern ist mir die Bezeichnung „Politiker“ lieber als „Ex-Politiker“.

## **Haben Sie eigentlich Entzugerscheinungen in Bezug auf die Berufspolitik?**

Auch heute noch fühlt es sich richtig an, nicht erneut für den Bundestag kandidiert zu haben. Für ein oder zwei Jahre hätte die Kraft vielleicht gereicht, nicht aber für eine volle Periode. Obwohl: Ab und zu würde ich mich ja doch gerne noch einmal in das Getümmel stürzen und an Debatten beteiligen.

## **Was könnte denn das „politische Getümmel“ sein? Könnten Sie sich vorstellen, noch mal ein Parteiamt wahrzunehmen?**



Wolfgang Bosbach gehörte 23 Jahre lang dem Deutschen Bundestag an. Im Interview mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben verrät der beliebte Rheinländer, warum er sich immer noch als Politiker sieht. Von seiner Partei verlangt er ein klares Profil und einen stärkeren Fokus auf wirtschaftspolitische Themen.

Nein, das nicht, denn ich strebe kein neues Mandat an. Ich meine die Beteiligung an politisch-inhaltlichen Debatten, zum Beispiel in der Auseinandersetzung mit der AfD. Moderat im Ton, klar in der Sache, um deutlich zu machen: kon-

**„Wir brauchen ein klares Profil, das die Union erkennbar von der politischen Konkurrenz unterscheidet.“**

servativ ist nicht reaktionär. Patriotismus ist etwas ganz anderes als Nationalismus. Wir müssen immer wieder betonen, dass die AfD gerade keine bürgerlich-konservative Kraft ist. Zwar gibt es dort Personen, die auch bei uns sein könnten, aber sie sind für Höcke & Co. doch nur Feigenblätter und sich auch nicht zu schade dafür. Und deshalb kann ich mir weder jetzt noch in Zukunft eine Zusammenarbeit der Union mit der AfD vorstellen, in welcher Form auch immer.

**Wie könnte die Union denn die Leute wieder zurückholen, von denen Sie sagen, die müssten eigentlich „bei uns“ sein?**

Ich vermisse bei der CDU, dass wir uns nie ernsthaft die Fragen gestellt haben: Aus welchen Gründen verlassen Mitglieder die Partei? Warum gehen sie in die Wahlenthaltung? Oder warum wählen Sie die politische Konkurrenz?

Und ich glaube nicht, dass es darum geht, einen fundamentalen Kurswechsel der Partei zu vollziehen. Ich glaube auch nicht, dass ein solcher Kurswechsel eine Mehrheit bekäme auf einem Parteitag. Aber wir müssen uns mal wieder die Mühe geben, punktuell deutlich zu machen, wo sich die Union

von der politischen Konkurrenz unterscheidet, wofür wir stehen, auch wenn es einmal Gegenwind gibt, und dass konservative Stimmen genauso zur Partei gehören wie christlich-soziale und liberale auch.

#### **Und wie?**

Indem wir uns nicht nur als eine Variante darstellen, sondern als klare politische Alternative zu den konkurrierenden Parteien. Carsten Linnemann hat dafür ein, wie ich finde, gutes Beispiel genannt, nämlich die Integrationspolitik. Aber gerade in diesen Zeiten brauchen wir auch eine Renaissance für die Wirtschafts- und Finanzpolitik, denn ich habe seit langem das Gefühl, dass uns in Deutschland



der Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der sozialen Leistungsfähigkeit unseres Landes gerade verloren geht. Der Gedanke, dass alles, was der Staat ausgibt, in dem Staat zunächst erarbeitet werden muss, verliert immer mehr an Bedeutung. Wenn ich die letzten 10, 15 Jahre betrachte, hat es unfassbar viele sozialpolitische Debatten gegeben, sozialpolitische Reformen, Leistungsverbesserungen, immer mit guter Begründung. Aber die Debatte über die Frage „was muss sich in Deutschland ändern, damit wir auf Dauer wirtschaftlich erfolgreich wettbewerbsfähig sind, unsere Exportstärke behalten, damit wir diesen Sozialstaat auch seriös finanzieren können“, hat kaum stattgefunden, allenfalls in Spurenelementen. Das ist auch ein Defizit der CDU.

### ***Erwarten Sie denn durch den Wechsel an der CDU-Spitze im letzten Dezember Veränderungen?***

Fundamentale Änderungen erwarte ich nicht, vielleicht marginale an der einen oder anderen Stelle, denn Annegret Kramp-Karrenbauer übt sich ja seit Monaten in der Disziplin Spagat: Auf der einen Seite möchte sie eigene politische Akzente setzen, auf der anderen Seite unterlässt sie alles, was den Eindruck entstehen lassen könnte, sie würde sich von ihrer Vorgängerin im Parteivorsitz distanzieren. Und das ist eine schwierige Übung.

### ***Würden Sie sich denn mehr neue Akzente wünschen?***

Ja, wir brauchen ein klares Profil, das die Union erkennbar von der politischen Konkurrenz unterscheidet. Die Menschen wissen schon, dass die Union regieren will. Vor allen Dingen möchte die Union nicht, dass gegen sie regiert werden kann. Wir müssen nur noch überzeugen und die Fragen beantworten: Welche politischen Ziele verfolgen wir in der Regierungsverantwortung? Was wollen wir in dieser Wahlperiode unbedingt erreichen? Noch vor zehn Jahren hätte man mich morgens um drei Uhr wecken können und mir wären sofort zehn Punkte eingefallen, in denen sich die Politik der Union unterscheidet von der Politik der politischen Konkurrenz. Die gleiche Frage würde ich heute mit der Gegenfrage beantworten: „Wie lange habe ich Zeit, um mir die Antwort zu überlegen?“

### ***Welche Antwort erwarten Sie denn von der CDU in der Klimafrage? Irgendwas muss ja getan werden oder würden Sie sagen, das Problem existiert gar nicht?***

Es gibt unzählige wissenschaftliche Studien, die zum einen belegen, es gibt einen Klimawandel und zum anderen, dass der Klimawandel eben nicht nur natürlichen Ursprungs ist, sondern auch von Menschen beeinflusst wird und daher auch gegengesteuert werden kann. Die entscheidende Frage ist: Wie schaffen wir das ohne spürbare Wohlstandseinbußen? Die Frage muss die Union beantworten. Ich lese von Umfragen, bei denen 50 Prozent der Befragten angeben, „wir wollen weniger fliegen“, aber die Flugzeuge sind



**Wolfgang Bosbach** (67) war von 1994 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags. Bis 2009 war er neuneinhalb Jahre lang stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, danach bis 2015 Vorsitzender des Innenausschusses. Bosbach ist gelernter Einzelhandelskaufmann und leitete Anfang der 1970er Jahre einen Supermarkt. Später machte er einen Abschluss als staatlich geprüfter Betriebswirt, studierte Jura und wurde Rechtsanwalt. Bosbach ist verheiratet, Vater von drei Töchtern und lebt in Bergisch Gladbach.

genauso voll wie im Jahr davor. Und 50 Prozent geben an, sie möchten weniger Auto fahren. „Ach“, denke ich, „prima, dann stehst du nicht mehr so oft im Stau“. Aber: Nein, die Straßen sind genauso voll wie vorher. Machen wir uns doch bitte nichts vor: Viele plädieren bei Umfragen für eine radikale Abkehr vom bisherigen Verhalten, aber es soll sich dabei wenig ändern. Wenn alle, die für mehr Elektromobilität sind, E-Autos kaufen und fahren würden, wären die Zulassungsstatistiken andere.

#### **... aber was bedeutet das für die Union?**

Die Union muss darauf überzeugende Antworten geben, und wir sehen es ja zurzeit an der Debatte CO<sub>2</sub>-Steuer versus Emissionshandel. Ich finde es gut, dass wir diese Debatte führen. Es schadet der Union auch nicht, wenn wir über Sachfragen kontrovers diskutieren. Dann wird deutlich, welche Handlungsalternativen es gibt. Das ist im Moment vor dem Hintergrund der gesamten Klimadebatte die für mich wichtigste Frage: Welches politische Angebot kann die Union machen, um auf der einen Seite mehr zum Schutz des Klimas zu tun, aber auf der anderen Seite den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht zu schwächen und die Bürger nicht zu überfordern.



#### **Wären Sie denn eher für Emissionshandel oder eher für eine Steuer?**

Ich halte den Emissionshandel für das wirkungsvollere Instrument als eine CO<sub>2</sub>-Steuer, bei der ich immer das Gefühl habe, im Grunde geht es um eine Art Ablasshandel. Die, die es sich erlauben können, zahlen dann eben mehr, ohne ihr Verhalten zu ändern. Damit ist dem Klima nicht geholfen.

#### **Kommen wir zur Zukunft der GroKo. Glauben Sie, dass diese Koalition noch bis zum Ende der Legislaturperiode hält?**

Vor einem halben Jahr hätte ich gesagt: ja. Heute bin nicht mehr davon überzeugt und zwar aus zwei Gründen. Erstens: Wir haben jetzt Landtagswahlen, und nach allen Prognosen wird die SPD nicht besonders erfolgreich abschneiden. Das heißt, die Stimmen in der SPD, die einen Austritt aus der Koalition fordern, werden lauter werden. Und

**„Konservativ ist nicht reaktionär. Patriotismus ist etwas ganz anderes als Nationalismus. Wir müssen immer wieder betonen, dass die AfD gerade keine bürgerlich-konservative Kraft ist.“**

zweitens: Ich bin der festen Überzeugung, dass als neues Führungstandem nur die gewählt werden, die den Ausstieg aus der Koalition versprechen. Wenn ein Tandem antritt mit dem Hinweis, wir möchten kandidieren mit dem Ziel, die Große Koalition bis zum Ende der Wahlperiode fortzusetzen, werden sie nicht gewählt. Die Basis der SPD will ganz eindeutig raus aus der Großen Koalition, die meisten Mandatsträger der SPD würden lieber, aus nachvollziehbaren Gründen, die Wahlperiode noch zu Ende bringen, weil sie wissen, wenn es zu vorgezogenen Neuwahlen kommt, wird ein großer Teil das Mandat verlieren.

**Bedeutet denn ein Ende der GroKo auch ein Ende der Legislaturperiode, also müssten wir automatisch Neuwahlen haben?**

Automatisch nicht, ich kann mir eine Übergangsregierung vorstellen bis zum Zeitpunkt von Neuwahlen, aber nicht für den gesamten Rest der Wahlperiode.

**Und diese Übergangsregierung, wird die von Frau Merkel oder von Frau Kramp-Karrenbauer geleitet?**

Angela Merkel hat gesagt, dass sie im Amt bleiben wird bis zum Ende der Wahlperiode. Davon gehe ich aus. Sollte es zu vorgezogenen Neuwahlen kommen, dann wird Angela Merkel wohl nicht mehr kandidieren. Und dann stellt sich die Frage, wen wird die Union dann nominieren? Da kann ich nur dazu raten, die Debatte erst in dem Moment zu führen, wenn sich die Frage stellt.

**Also ist es nicht sicher, dass Frau Kramp-Karrenbauer die nächste Kandidatin wird?**

Im Sport würde man sagen, sie ist in der Pole Position, das gilt für jeden Parteivorsitzenden, das gilt auch für Annegret Kramp-Karrenbauer, aber es gibt da keinen Automatismus.

**Wer könnte es denn sonst sein?**

Da werden viele überrascht sein, wie groß die Auswahl in der Union ist. Bei der SPD ist jetzt die Frage, wer muss Parteivorsitzender werden? Bei der Union wird die Frage sein, mit wem haben wir die besten Chancen als Kanzlerkandidatin oder Kanzlerkandidat? Und weil wir ja einen gemeinsamen Kanzlerkandidaten haben von CDU und CSU, wird

es vielleicht wieder entschieden durch ein Frühstück, wo auch immer.

**Noch mal zur Union. Wir haben neue Gruppierungen, „Werteunion“ einerseits, „Union der Mitte“ andererseits. Was halten Sie davon?**

Die „Union der Mitte“ soll wohl so eine Art Gegengewicht zur „Werteunion“ sein, deren Arbeit eine beachtliche mediale Resonanz findet. Solche Gruppierungen entstehen, wenn Parteimitglieder den Eindruck haben, dass ihre politischen Überzeugungen und Anliegen in der Partei nicht

**„Ab und zu würde ich mich ja doch gerne noch einmal in das Getümmel stürzen und an Debatten beteiligen.“**

genügend Beachtung finden. Das kann belebend sein, wird aber im Konrad-Adenauer-Haus wohl nicht gerne gesehen. Die CDU sollte die Werteunion jedoch nicht mit spitzen Fingern anfassen, sondern den Dialog suchen. Für mich persönlich gilt: Ich bin Mitglied der CDU und der Mittelstandsvereinigung, das muss reichen. Ich kämpfe dort für meine Überzeugungen.

**Wir haben jetzt zum Abschluss ein paar Fragen, bei denen Sie nur mit „Ja“ oder „Nein“ antworten sollen. Einmal haben Sie einen Joker.**

**War Angela Merkel ein Glücksfall für die CDU?**

Ja.

**Die CDU wird auch den nächsten Kanzler, die nächste Kanzlerin stellen?**

Ja.

**Haben Sie schon mal mit dem Gedanken eines Parteiaustritts gespielt?**

Nein.

**Wird es jemals wieder eine Zweifraktionen-Koalition im Bund geben?**

Ich kann nicht wissen, wie es in 50 oder 100 Jahren aussieht, Stand heute: nein.

**Würden Sie nochmal ein politisches Amt annehmen?**

Ich werde für kein politisches Mandat mehr kandidieren.

**Jetzt machen wir eine Satzvervollständigung. Wenn mich eine Kanzlerin Kramp-Karrenbauer bitten würde, Bundesinnenminister zu werden...**

(Lacht, macht eine lange Pause): ...hätte ich eine schlaflose Nacht.





**BEST  
ADVICE**

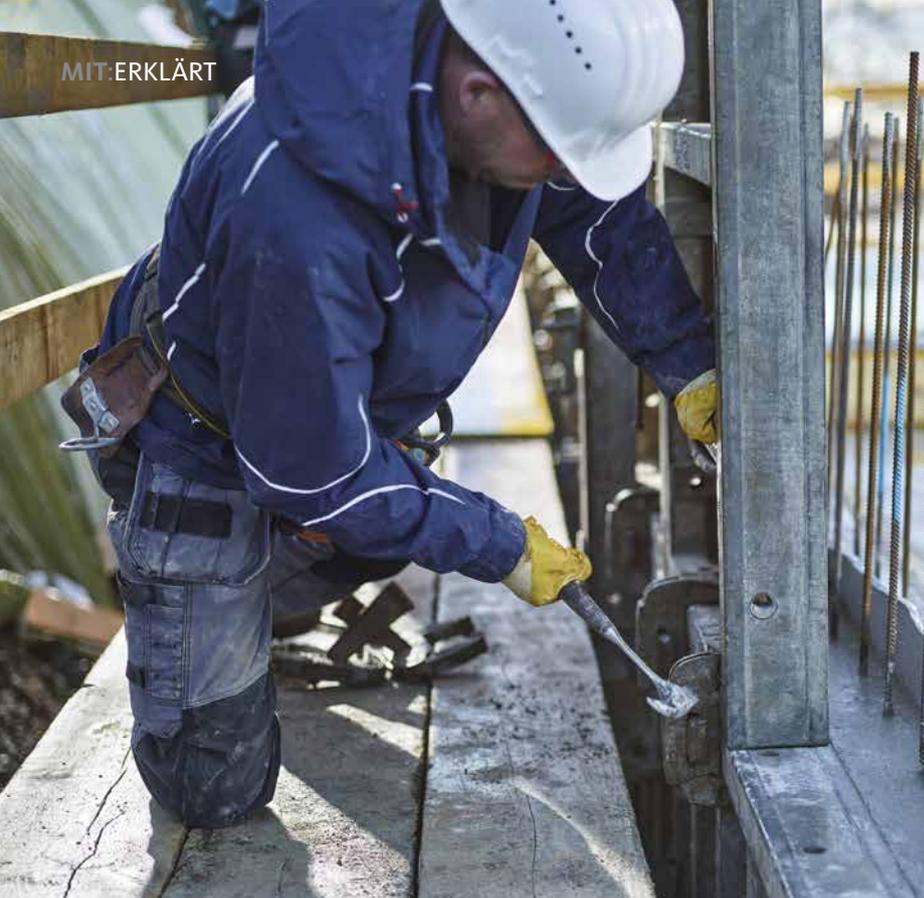
Einziges bAV-Produkt  
mit flexibler Förderung  
in einem Vertrag

- > Betriebliche Altersversorgung
- > Direktversicherung

**HDI**

Eine Betriebsrente,  
die all Ihren Mitarbeitern  
immer gerecht wird.

Astronaut oder Banker? Azubis, Familienväter, Best Ager? Wen auch immer Sie beschäftigen: Mit HDI punkten Sie bei Ihren Mitarbeitern! Denn unsere neue bAV passt sich während der gesamten Vertragslaufzeit grenzenlos flexibel an – ganz gleich, wie das Leben Ihrer Mitarbeiter so spielt! Die Vorteile für Sie als modernen Arbeitgeber: einfach zufriedener Angestellte und sicher mehr Mitarbeiterbindung. Jetzt Infos einfordern!



Der Bundestag hat auf einen Schlag gleich sieben Gesetze zu Migration und Asyl verabschiedet. Das Ziel: schnellere Abschiebungen, mehr Fachkräfte und insgesamt mehr Ordnung in der Migrationspolitik. Die wichtigsten Neuregelungen im Überblick.

FACHKRÄFTE, FLÜCHTLINGE, ASYL, ABSCHIEBUNGEN

# Was bringt das Migrationspaket?

## Mehr Fachkräfte

Ziel des neuen **Fachkräfteeinwanderungsgesetzes** ist es, die Zuwanderung nach Deutschland für qualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten, also Nicht-EU-Staaten, zu erleichtern. Damit soll der Fachkräftemangel gelindert werden. „Wir wollen keine Einwanderung in die Sozialsysteme, sondern in den Arbeitsplatz. Das ist unser Ziel. Zudem können wir über diesen Weg die illegale Migration etwas zurückdrängen“, sagte Bundesinnenminister Horst Seehofer.

Das Gesetz regelt, wer zu Arbeits- und zu Ausbildungszwecken nach Deutschland kommen darf und wer nicht. Als Fachkraft gilt, wer über eine in Deutschland anerkannte Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss verfügt. Eine solche Fachkraft kann für sechs Monate ein Aufenthaltsrecht zur Arbeitsplatzsuche erhalten. Voraussetzung dafür sind Deutschkenntnisse und ein gesicherter Lebensunterhalt. Dieser muss auch für gegebenenfalls mitreisende Familienangehörige nachgewiesen werden. Bewerber, die älter als 45 Jahre

sind, müssen monatlich mindestens 3.685 Euro verdienen oder eine angemessene Altersvorsorge nachweisen. Eine Ausnahme wird für dringend benötigte IT-Spezialisten gemacht: Sie dürfen auch ohne Ausbildung einreisen – vorausgesetzt, sie können nachweisen, dass sie im Ausland schon mehr als drei Jahre in der Branche gearbeitet haben.

Neu ist, dass die Beschränkung auf Engpassberufe entfallen soll. Genauso entfällt die Vorrangprüfung, bei der untersucht wird, ob auch Deutsche oder andere EU-Bürger für eine Stelle

infrage kommen. Zudem sollen die Verfahren bei zentralen Ausländerbehörden vereinfacht und beschleunigt werden. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das auch von der MIT immer wieder gefordert wurde, wird voraussichtlich Anfang 2020 in Kraft treten.

### Verbesserungen für Geduldete

Ein neues **Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung** soll Rechtsklarheit für die bereits hier lebenden Geduldeten und ihre Arbeitgeber schaffen. Wer seit mindestens einem Jahr geduldet und 18 Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist, kann eine Beschäftigungsduldung erwerben. Nach 30 Monaten ist ein legales Aufenthaltsrecht möglich – einen festen Job, hinreichende Deutschkenntnisse und Gesetzestreue vorausgesetzt. Die Regelung gilt aber nur für alle vor dem 1. August 2018 Eingereisten, damit dies nicht als Einladung für unqualifizierte Migranten aus aller Welt verstanden wird. Diese Stichtagsregelung wurde als Kompromiss für den ursprünglich von der SPD verlangten uneingeschränkten „Spurwechsel“ zwischen Asyl- und Erwerbsmigration eingeführt.

Die bisherige „Ausbildungsduldung“ für Auszubildende ohne Aufenthaltserlaubnis wird zudem auf weitere Helferberufe ausgeweitet (zum Beispiel Altenpflegehelfer oder Kindergartenhelfer).

### Mehr Abschiebungen

Das **Geordnete-Rückkehr-Gesetz** hat vor allem ein Ziel: die Zahl der Abschiebungen der Flüchtlinge zu erhöhen, „die ausreisepflichtig sind und das Land nicht freiwillig verlassen“. Immerhin scheiterte 2018 jede zweite Abschiebung. Deshalb wird nun eine Pflicht zur Passbeschaffung eingeführt und eine „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“ geschaffen: Wer an der Klärung seiner Identität nicht mitwirkt, soll bestraft werden. Außerdem kann bei Straftaten schneller abgeschoben werden.



Die zuständigen Minister bei der Vorstellung des Migrationspakets: Arbeitsminister Heil (SPD), Wirtschaftsminister Altmaier (CDU) und Innenminister Seehofer (CSU)

Hierzu reicht nun eine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten statt bisher einem Jahr. Die Voraussetzungen für die Anordnung von Sicherungshaft und Ausreisegewahrsam werden verbessert, die Haftvoraussetzungen abgesenkt. Damit soll insbesondere das Untertauchen vor der Abschiebung verhindert werden. Ein Hauptproblem jedoch bleibt: Nach wie vor zeigen sich einige Herkunftsländer bei der Identifizierung und Rücknahme ihrer Staatsbürger wenig kooperativ.

### Weitere Änderungen

Das neue **Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz** sieht Erleichterungen für Migranten vor, die sich im Beruf oder in der Ausbildung befinden. Asylsuchende, die sich arbeitsuchend melden, sollen unabhängig von ihrer Bleibeperspektive an Integrationskursen teilnehmen können. Arbeitsuchende Geduldete sollen nach sechs Monaten an berufsbezogenen Deutschkursen teilnehmen können.

Im **Asylbewerberleistungsgesetz** werden Leistungen an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts angepasst. Asylbewerber, die in Sammelunterkünften untergebracht werden, erhalten einen geringeren Satz. Im Gegenzug sollen Leistungen für Asylsuchende verbessert werden, die sich

in einer Ausbildung befinden. Außerdem sollen Leistungen den seit 2015 gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst werden.

Auch das 2016 eingeführte **Integrationsgesetz** wird verändert. Die darin befristet wieder aufgenommene Residenzpflicht gilt nun dauerhaft. Anerkannte Flüchtlinge werden damit verpflichtet, drei Jahre in dem Bundesland zu bleiben, in dem ihr Asylverfahren läuft. Die Länder können Flüchtlinge auch zum Wohnen in einer bestimmten Stadt verpflichten.

Das **Zweite Datenaustauschverbesserungsgesetz** soll vor allem Umfang und Zugriffsmöglichkeiten des Ausländerzentralregisters (AZR) erweitern. Jugendämter und weitere Behörden sollen automatisiert darauf zugreifen können. Bei Menschen, die für eine Abschiebung in Betracht kommen, sollen zusätzlich Daten aufgenommen werden, zum Beispiel Fingerabdrücke, Größe und Augenfarbe.

Ende Juni folgte mit dem veränderten **Staatsangehörigkeitsgesetz** eine achte Maßnahme, die auf die Terrorismus-Bekämpfung zielt. Danach sollen Doppelstaatler den deutschen Pass verlieren, wenn sie sich im Ausland einer terroristischen Vereinigung anschließen. Wer in einer Mehrehe lebt, darf nicht mehr eingebürgert werden. Zudem wird die Rücknahmefrist bei erschlichenen Einbürgerungen von fünf auf zehn Jahre verlängert. ●



Hubertus Struck  
Redakteur/CvD  
struck@mit-bund.de

## PRO &amp; CONTRA

# Sollten Arbeitnehmer zum Aktien-Sparen verpflichtet werden?

*In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.*

*Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.*



**Kai Whittaker (34)** ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages (Wahlkreis Rastatt). Im Bundestag ist er Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales sowie Obmann der Unionsfraktion im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung.

## Die gesetzliche Rente wird nicht ausreichen

Kaum ein anderes Thema erhitzt die Gemüter so sehr wie die Rente. Eine Umfrage der OECD belegt, dass 76 Prozent der Deutschen die Rente als eine Haupt Sorge betrachten. Fast die Hälfte wäre sogar bereit, zwei Prozent mehr von ihrem Lohn fürs Alter zu bezahlen. Denn die Aussichten sind in der Tat nicht so rosig: Ein Durchschnittsverdiener wird laut Alterssicherungsbericht 2016 der Bundesregierung im Jahr 2030 ein Gesamtversorgungsniveau von 49,2 Prozent seines Bruttoverdienstes bzw.

73 Prozent seines Nettoverdienstes haben. In Österreich sind es 78,1 bzw. 91,6 Prozent.

Wenn also das Ziel einer Rentenreform ist, das Sicherungsniveau anzuheben, dann wird es ohne höhere Einzahlungen seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht gehen. Die wichtigere Frage ist eher, wohin die zusätzlichen Zahlungen fließen sollen. Da böte es sich an, eine verpflichtende, kapitalgedeckte Altersvorsorge einzuführen.

Eine optimale Rente basiert auf verschiedenen Einkünften. So ist das Risiko minimiert, im Alter nur auf eine Einnahmequelle zu setzen. Die gesetzliche Rentenversicherung ist weitgehend geschützt von wirtschaftlichen Schwankungen. Wenn es wirtschaftlich

bergab geht, erhalten die Rentner nicht weniger Rente. Aber sie bleibt Spielball der Politik. Um sich dagegen abzusichern, wäre eine kapitalgedeckte Rente sinnvoll.

Zweitens ist gerade durch die Digitalisierung zu erwarten, dass die Kapitalrendite im Schnitt eher steigen als sinken wird. In vielen europäischen Ländern werden heute schon Renditen von durchschnittlich fünf bis sieben Prozent erwirtschaftet. Die Deutschen werden im Alter nur davon profitieren,

wenn sie über Fonds an den Unternehmen mittelbar beteiligt sind. Gerade in einem vom demographischen Wandel gezeichneten Land müssen wir auf die steigenden Kapitalrenditen setzen.

Drittens haben etwas mehr als 30 Prozent der Deutschen keine zusätzliche Altersvorsorge. Sie finden sich meist in den unteren Einkommenschichten und wollen oder können sich nicht mit einer kapitalgedeckten Vorsorge beschäftigen. Die bisherigen Förderungen haben sie nicht erreicht. Wenn wir diese Menschen nicht verlieren wollen und die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander gehen soll, braucht es eine verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge. ●

PRO

Die Deutschen lieben ihr Spargbuch. Doch die Zinsen sind seit langem im Keller. Geld auf der Bank ist als Beitrag zur Altersvorsorge kaum mehr rentabel. Aktien versprechen deutlich höhere Renditen. Allerdings bergen sie auch Risiken und sind in Deutschland traditionell unbeliebt. Braucht es also eine Verpflichtung zur privaten, kapitalmarktorientierten Altersvorsorge?

## Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter [www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage](http://www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage) können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter [www.mit-bund.de/newsletter](http://www.mit-bund.de/newsletter) kostenlos abonnieren.

## Besser Arbeitnehmer entlasten

Groß war die Empörung, als Friedrich Merz im Dezember vergangenen Jahres Aktien für die Altersvorsorge empfahl. „Wenn die Rente nicht reicht, sollen sie doch Aktien kaufen“, hieß es in Anspielung an die berühmte Kuchen-Empfehlung Marie-Antoinettes. Dabei war von einer Verpflichtung zur Altersvorsorge mit Aktien und Fonds nicht die Rede, sondern nur von einer möglichen staatlichen Förderung. Darüber kann man nachdenken, aber ich bin doch sehr skeptisch. Denn beim Aktiengeschäft erkaufte man eine im Vergleich mit anderen Anlageformen höhere Rendite in aller Regel mit einem vergleichsweise höheren Risiko. Man braucht Fachwissen, Erfahrung und finanzielle Absicherung. Damit sind in diesem Feld aus guten Gründen fast ausschließlich Anleger unterwegs, die einer staatlichen Förderung nun wirklich nicht bedürfen.

Immer weniger Einzahler, immer mehr Beziehende, dazu eine steigende Lebenserwartung – umsichtige Politik muss angesichts dieser großen Herausforderungen alle drei Säulen der Altersvorsorge in Deutschland stärken. Dass die gesetzliche Rente ein umlagefinanziertes System ist und nicht versucht wird, mit den eingezahlten Beträgen

am Aktienmarkt höhere Renditen zu erzielen, daran sollte man nicht rühren. Für Betriebsrente und private Altersvorsorge gilt: Anbieter von Fondssparplänen und fondsgebundenen Rentenversicherungen, die staatlich gefördert werden, müssen ihren Anlegern garantieren, dass sie zumindest ihre eingezahlten Beträge zurückerhalten. Sie setzen darum auf Sparpläne, deren Aktienanteil maximal so hoch ist, dass etwaige Verluste durch anderweitige sichere Erträge ausgeglichen werden können. Es ist vernünftig, das Risiko zu minimieren, aber große Sprünge sind auch hier nicht zu erwarten.

Wozu soll man also raten angesichts niedriger Zinsen und der gebotenen Verantwortung im Umgang mit Geldern, die dem Staat anvertraut wurden? Am besten wäre es, wenn wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch stärker entlasten. Mehr Netto vom Brutto – und dann die Menschen selbst entscheiden lassen, wie sie vorsorgen, Eigentum erwerben und Vermögen aufbauen. Die bevorstehende Abschaffung des Solidaritätszuschlags für nahezu alle ist ein guter erster Schritt. In einem zweiten Schritt muss der Soli gänzlich verschwinden, und dann sollten wir weitere Schritte prüfen. ●

CONTRA



**Torbjörn Kartes (40)** ist seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags (Wahlkreis Ludwigshafen/Frankenthal). Er ist Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales und Mitglied in der MIT-Kommission Arbeit und Soziales.

# Bundesmittelstandstag mit Kramp-Karrenbauer, Spahn, Dulger und Ziemiak

Am 27. und 28. September 2019 findet der 14. Bundesmittelstandstag der MIT in Kassel statt. Der Kongress steht in diesem Jahr unter dem Motto „Wir alle sind Wirtschaft“. Die Delegierten und Gäste können sich unter anderem auf die CDU-Vorsitzende und Bundesministerin der Verteidigung, Annegret Kramp-Karrenbauer, freuen.

Einen argumentativen Austausch liefern sich nach der Rede der CDU-Chefin MIT-Präsidiumsmitglied und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Rainer Dulger. Sie diskutieren über die Frage: „Markt vs. Staat – wohin steuert die Wirtschaftspolitik?“. Die Diskussion wird moderiert von Michael Bröcker, Chefredakteur der Rheinischen Post. Den „Hessischen Abend“ am Freitag wird CDU-Generalsekretär und MIT-Mitglied Paul Ziemiak gemeinsam mit MIT-Chef Carsten Linnemann eröffnen.

Am Samstag stehen neben der Neuwahl des MIT-Bundesvorstands die Antragsberatungen im Fokus. Der Leitantrag trägt den Titel der Tagung: „Wir alle sind Wirtschaft“. MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann: „Jeder in Deutschland profitiert davon, wenn mehr Unternehmen gegründet werden und die Gründungen schneller erfolgreich sind. Jeder profitiert davon, wenn Unternehmen innovativ sind und nicht durch Bürokratie oder zu hohe Steuerlast in ihrer Geschäftstätigkeit gehemmt werden.“ Eine drohende Rezession könne aber nur mit klaren Signalen zur Stärkung der Wirtschaft abgewendet werden. Deshalb listet der Leitantrag auf vier Seiten klare und prägnante Forderungen zu zentralen politischen Feldern auf.

Bis zum Antragsschluss Ende August gingen 87 allgemeine Anträge ein. Diese reichen von der effizienteren Planung nationaler Infrastrukturprojekte und

der Einsparpotenziale des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bis zur EU-Medizinprodukteverordnung und der Begrenzung der Bundeskanzler-Amtszeit.

Eine Neuerung für alle Delegierten: Die Wahlen werden erstmals elektronisch durchgeführt. Die Möglichkeit dazu hat die MIT auf dem CDU-Parteitag 2018 durchgesetzt – und ist jetzt der erste Anwender in der Unionsfamilie. Ebenso erfolgt die Registrierung vollständig online. Eine Veranstaltungs-App bietet aktuelle Informationen zum Programm, zu Kandidaten und Anträgen, und außerdem die Möglichkeit zur Vernetzung der Delegierten und Gäste untereinander.

Der Bundesmittelstandstag findet im Kongress Palais Kassel statt. Weitere Informationen sowie eine Live-Übertragung der Tagung unter: [www.bundesmittelstandstag.de](http://www.bundesmittelstandstag.de)



## MIT plant Umbenennung

Der MIT-Bundesvorstand plant, die ausgeschriebene Bezeichnung der Vereinigung zu kürzen. Der neue Name soll „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“ lauten. Das Kürzel „MIT“ soll bleiben.

Die neue Bezeichnung wäre mit 34 Zeichen deutlich kürzer und einprägsamer als der bisherige in der Satzung festgeschriebene Name: „Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Christlich Demokratischen Union (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern e. V. (CSU)“ mit 150 Zeichen. Selbst die im Regelfall bisher gebrauchte Bezeichnung „Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU“ ist mit 52 Zeichen deutlich zu lang für Pressemitteilungen und Werbematerialien. Deshalb werden sowohl in Medien, aber sogar in Publikationen der MIT häufig falsche Namen verwendet („Mittelstandsvereinigung“, „Mittelstandsunion“, „Wirtschaftsvereinigung“ etc.). Ein weiterer Grund ist, dass manche an einer Mitgliedschaft interessierte Unternehmer letztlich keiner Vereinigung beitreten wollten, die eine Parteibezeichnung im Namen enthält.

Der neue Name sollte schon auf dem Bundesmittelstandstag 2015 in Dresden beschlossen werden. Zwar stimmte eine deutliche Mehrheit für den Antrag, jedoch wurde die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit verfehlt. Mit der Satzungsänderung soll nun erstmals auch das gängige Kürzel „MIT“ in der Satzung verankert werden. Außerdem soll eine Übergangsfrist bis Ende 2021 gewährt werden. Bis dahin können Gliederungen den alten Namen auf bereits gedruckten Publikationen und Werbemitteln weiter verwenden, so dass durch die Umbenennung keine Kosten entstehen.

Der Festsaal des Kongress  
Palais in Kassel



Annegret  
Kramp-Karrenbauer



Jens Spahn



Rainer Dulger



Paul Ziemiak

Fotos: Kassel Marketing GmbH, Laurence Chaperon, Maximilian König, Gesamtmetall-Präsident Dr. Rainer Dulger

## EU-Check

**Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.**



### Vereinfachte Beihilfe-Regeln

Wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse – sogenannte IPCEIs – können seit einiger Zeit von Vereinfachungen bei staatlichen Beihilfen profitieren. IPCEIs sollen das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigung und die Wettbewerbsfähigkeit Europas spürbar erhöhen. So konnte die Bundesregierung bereits ein milliardenschweres Investitionsprogramm im Bereich Mikroelektronik auflegen und das sächsische IT-Cluster „Silicon Saxony“ stärken. Derzeit arbeiten die Mitgliedstaaten und die Kommission daran, weitere Bereiche wie Wasserstofftechnologie, CO<sub>2</sub>-arme Industrie oder autonomes Fahren als IPCEIs einzustufen. Diese Vorhaben spielen eine wichtige Rolle, um die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit Europas und somit Arbeitsplätze und Wohlstand nachhaltig zu sichern. Nichtsdestotrotz muss die Europäische Kommission unter Leitung von Ursula von der Leyen in ihrem künftigen Arbeitsprogramm eine vollumfängliche Industriestrategie vorlegen.



### Stillstand bei Mehrwertsteuerbetrug

Der Europäische Rechnungshof hat einen Sonderbericht zum Thema Mehrwertsteuerbetrug im Online-Handel veröffentlicht. Der Rechnungshof bestätigt damit, was seit langem bekannt ist, was die Mitgliedstaaten im Europäischen Rat aber nicht angehen wollen: Mehrwertsteuerbetrüger haben es online viel zu einfach. Die zentrale Herausforderung ist es, den Informationsaustausch zwischen den Steuer- und Zollbehörden in Europa zu verbessern. Mehrwertsteuer- und Zollbetrug können nur funktionieren, wenn sich die zuständigen Behörden nicht absprechen. Anstatt einer Finanztransaktionssteuer hinterherzujagen, sollte Bundesfinanzminister Scholz lieber auf eine bessere Zusammenarbeit beim Kampf gegen Mehrwertsteuerbetrug drängen.

### Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



**PKM**Europe  
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

## Steuerentlastungen

### Kalte Progression abgeschafft

Am 1. Juli wurden das Kindergeld und der Kinderfreibetrag erhöht. Außerdem wurden die Einkommenssteuertarife auf die Veranlagungszeiträume 2019 und 2020 angepasst. „Damit zeigt die von der MIT 2014 durchgesetzte Abschaffung der kalten Progression Wirkung: Mit der Anpassung des Einkommensteuertarifs befreien wir die Bürger von heimlichen Steuererhöhungen und setzen ein wichtiges Signal zur Entlastung der Mitte der Gesellschaft“, begrüßte MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann den Erfolg. Zudem steigt der Grundfreibetrag. Das war eine Kernforderung der MIT für das CDU-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017. Auf Antrag der MIT hat der CDU-Parteitag 2014 in Köln beschlossen, schleichende Steuererhöhungen („kalte Progression“) abzubauen und die Steuerzahler zügig in einem ersten Schritt zu entlasten. Seit 1. Januar 2016 werden die Steuertarife an die Inflationsrate angepasst.

### MIT setzt sich gegen Scholz durch

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) will nun doch nicht den steuer- und sozialabgabenfreien Sachbezug für Arbeitnehmer antasten. Die bislang im Jahressteuergesetz vorgesehene Einschränkung des Sachbezugs ist wieder aus dem Gesetzentwurf gestrichen worden. „Es hat sich gelohnt, dass die MIT hier über Monate hinweg auf mehreren Ebenen Druck gemacht hat“, begrüßte MIT-Chef Carsten Linnemann die Entscheidung.

Scholz wollte ursprünglich die Möglichkeit einschränken, dass jeder Arbeitgeber seinen Mitarbeitern pro Monat 44 Euro als Sachbezug steuer- und sozialabgabenfrei zuwenden kann. Dies hätte nach Angaben des Prepaid-Verbandes rund sechs Millionen Arbeitnehmer betroffen. Die MIT setzte sich mit Nachdruck gegen diese Einschränkung ein. Linnemann: „Das Scholz-Gesetz hätte dazu geführt, dass am Ende fast nur noch Amazon-Gutscheine und Tank-Gutscheine übriggeblieben wären. Es wäre eine völlige Fehlsteuerung, wenn die Politik ein Konjunkturprogramm für Amazon beschließt.“

Die MIT fordert dagegen, die Möglichkeiten des steuer- und sozialabgabenfreien Sachbezugs auszuweiten. Aus den 44 Euro pro Monat sollten 600 Euro im Jahr werden und aus der Freigrenze ein Freibetrag. Damit würden die 600 Euro in jedem Fall steuerfrei bleiben, auch wenn mal mehr als 600 Euro vom Arbeitgeber geschenkt werden.

## Steuerfreie Sachbezüge

## Kretschmer, „Die Höhle der Löwen“ und Herrenknecht erhalten Mittelstandspreis

Die MIT zeichnet Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer, die VOX-Sendung „Die Höhle der Löwen“ (DHDL) und den Unternehmer Martin Herrenknecht mit dem Deutschen Mittelstandspreis aus. Damit würdigt die MIT deren herausragendes Engagement für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.

Kretschmer erhält den Preis in der Kategorie Politik. Er überzeugte die Jury durch seine geradlinige marktwirtschaftliche Ausrichtung. Die Jury-Vorsitzende und stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Gitta Connemann hob in ihrer Begründung hervor, dass Kretschmer bereits als Unionsfraktionsvize von 2009 bis 2017 im Bereich Bildung und Forschung für den Bildungsstandort Deutschland gekämpft habe. Die Laudatio hält der Thüringer CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Mike Mohring.

Als Preisträgerin in der Kategorie Gesellschaft wählte die Jury die Vox-Sendung „Die Höhle der Löwen“ aus. Mit der Preisvergabe wird die TV-Sendung dafür ausgezeichnet, das Thema Unternehmensgründung einem breiten Publikum nahegebracht zu haben. Die Laudatio

hält die bekannte Moderatorin und Unternehmerin Verona Pooth.

In der Kategorie Unternehmen fiel die Entscheidung auf den baden-württembergischen Maschinenbau-Unternehmer Martin Herrenknecht. Er gründete 1977 die Herrenknecht GmbH (heute AG) und ist heute Vorstandsvorsitzender des Familienunternehmens mit rund 5.000 Mitarbeitern. Sein Wirken sei „ein beeindruckendes Zeugnis für die Leistungsfähigkeit familiengeführter Unternehmen“, so die Jury. Ganz ohne Industriestrategie sei die Herrenknecht AG als Hidden Champion ein Aushängeschild für die deutsche Wirtschaft. Die Laudatio hält Gitta Connemann.

Die Preisverleihung findet auf dem Parlamentarischen Abend der MIT am Mittwoch, 6. November 2019, ab 18 Uhr im Allianz-Forum in Berlin statt.

Das Mittelstandsmagazin verlost dazu 5x2 Plätze auf der Gästeliste inklusive Hotelübernachtung. An der Verlosung können Sie teilnehmen unter: [www.mit-bund.de/verlosung2019](http://www.mit-bund.de/verlosung2019)



### DIE HÖHLE DER LÖWEN

1

1. Michael Kretschmer,
2. Martin Herrenknecht,
3. Verona Pooth,
4. Mike Mohring,
5. Gitta Connemann

2

5

4

3

# 70 Jahre Düsseldorfer Leitsätze



Am 15. Juli 1949 hat die CDU die „Düsseldorfer Leitsätze“ formuliert und sich darin für die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ausgesprochen. An diesen wichtigen Meilenstein haben CDU und MIT mit einem Werkstattgespräch im Konrad-Adenauer-Haus erinnert. Die Leitfrage war: Wie kann die Soziale Marktwirtschaft auch in Zukunft erfolgreich sein? In der Podiumsdiskussion wurde deutlich, dass nachhaltiges Wirtschaften nur mit der Sozialen Marktwirtschaft geht. „Eine starke, innovative Volkswirtschaft wie Deutschland muss zeigen, dass eine klimaverträgliche Wirtschaft funktioniert – und zwar ökologisch, ökonomisch und auch sozial“, sagte die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer. Mit ihr diskutierten der nordrhein-westfälische MIT-Landesvorsitzende und Verkehrsminister Hendrik Wüst, Unionsfraktionsvize Andreas Jung, Professorin Ellena Werning, Professor Michael Eilfort von der Stiftung Marktwirtschaft und Unternehmerin Sonja Jost. Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet und kann unter [www.youtube.com/cdutv](http://www.youtube.com/cdutv) nachgeschaut werden.





## MIT erreicht deutliche Datenschutz-Erleichterungen

Die MIT begrüßt die Einigung in der Großen Koalition auf eine mittelstandsfreundlichere Datenschutzregulierung. MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann: „Es ist ein großer Erfolg, dass wir rund 90 Prozent unserer Unternehmen und fast alle Vereine von der Pflicht befreien, einen Datenschutzbeauftragten zu bestellen.“

Die Union konnte durchsetzen, dass die schon lange vor der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) bestehende deutsche Sonderpflicht zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten für viele Mittelständler und Vereine nun abgeschafft wird. Künftig muss ein Unternehmen oder Verein erst dann einen Datenschutzbeauftragten bestellen, wenn mindestens 20 Personen in der Organisation ständig mit automatisierter Verarbeitung von Personendaten beschäftigt sind. Bislang lag die Grenze bei 10 Personen.

Die MIT begrüßt auch die deutlichen Erleichterungen für Mittelständler beim Thema Abmahnungen. Verstöße gegen Datenschutzregeln dürfen weiter abgemahnt werden, aber bei Erstverstößen von kleinen Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern sollen Abmahnungen künftig nicht mehr kostenpflichtig sein. Linnemann: „Damit können wir verhindern, dass Abmahnungen als Geschäftsmodell missbraucht werden.“

Abmahnungen

## Werkstattgespräch zur Mitarbeiterbeteiligung

Die MIT setzt sich seit längerem für eine Stärkung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung ein. Darunter versteht man die vertragliche Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital des sie beschäftigenden Unternehmens. In einem Werkstattgespräch mit Experten und Branchenvertretern in der MIT-Bundesgeschäftsstelle ging es um die Frage, wie das Angebot gestärkt werden kann. Als Ziele wurden festgehalten, dass steuerliche Anreize gefördert und die Beteiligungskultur in Deutschland insgesamt gestärkt werden müsse. Eine Konkurrenz zur betrieblichen Altersvorsorge ist zu vermeiden. Ein entsprechender Forderungskatalog soll im kommenden MIT-Bundevorstand behandelt werden.

Beteiligungskultur



Gutachten

## Ausweitung des Emissionshandels ist rechtmäßig

Eine Ausweitung des EU-Emissionshandels auf weitere Sektoren wie Verkehr wäre rechtmäßig. Zu diesem Ergebnis kommt ein Rechtsgutachten der auf Umwelt-, Energie- und Klimaschutzrecht spezialisierten Berliner Kanzlei Ohms im Auftrag der MIT. Die Rechtsexperten widersprechen damit dem Bundesumweltministerium, das dies für EU-rechtswidrig gehalten hat. MIT-Chef Carsten Linnemann, gleichzeitig für Energie zuständiger Unionsfraktionsvize, sieht sich und die Forderung der MIT nach einer Ausweitung des Emissionshandels auf die Sektoren Wärme und Verkehr bestätigt: „Der Emissionshandel ist das effizienteste System für Klimaschutz, und wir sollten es schlechteren Vorschlägen wie einer CO<sub>2</sub>-Steuer und weiteren Verboten vorziehen.“ Es sei unverantwortlich, aufgrund vermeintlicher rechtlicher Hürden ein Instrument zu blockieren, das sich gerade weltweit als Mittel der Wahl herausstelle.

## MIT unterstützt Mittelstandsstrategie

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat Ende August eine Mittelstandsstrategie angekündigt. „Der Mittelstand hat lange auf genau ein solches Reformpaket gewartet“, kommentierte MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann das Konzept. Dieses habe das Potenzial, den Mittelstand als Garanten des Wohlstandes fit für die Zukunft zu machen. „Nach zehn Jahren Wachstum und Sozialausbau ist es an der Zeit für mutige Reformen. Der Mittelstand braucht jetzt eine umfassende Entlastung, und die Mittelstandsstrategie liefert dafür viele wichtige Maßnahmen.“

Die MIT befürwortet vor allem den Vorschlag eines Steuerdeckels in Höhe von 45 Prozent für Personengesellschaft sowie die Sozialabgabenbremse in Höhe von 40 Prozent. Linnemann: „Die neuen Milliardenüberschüsse des Staates zeigen, dass die Bundesregierung bei Steuern und Sozialabgaben auf die Bremse treten muss. Es wäre fatal, wenn gerade angesichts einer drohenden Rezession die Gesamtbelastung für Bürger und Betriebe weiter ansteigen würde.“ Weiterhin begrüßt die MIT, die geplante Modernisierung des Arbeitszeitgesetzes, und dass die Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit für eine weitere Senkung der Arbeitslosenbeiträge genutzt werden sollen.



Bundeswirtschaftsminister

## MIT mahnt Verhältnismäßigkeit an

Die MIT lehnt eine vollständige Veröffentlichung personenbezogener Daten von Firmeneigentümern im Transparenzregister ab. „Die Bundesregierung muss selbstverständlich in ihrem Ziel unterstützt werden, Geldwäsche, Steuerhinterziehung und die Finanzierung von Terrorismus zu bekämpfen“, sagte MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann zu den aktuellen Plänen. „Das darf aber nicht dazu führen, dass unseren Familienunternehmen international Wettbewerbsnachteile entstehen oder gar Grundrechte verletzt werden.“

Die MIT mahnt an, bei der Umsetzung den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren. Behörden sollten auch weiterhin uneingeschränkt auf die Daten zugreifen können. „Eine Öffnung für jeden bedeutet aber auch, dass Kriminelle, ausländische Staaten oder Konkurrenten sensible Daten einsehen können“, so Linnemann. „Das bringt der Terrorismusbekämpfung keinen Vorteil, schwächt jedoch deutsche Familienunternehmen im Wettbewerb zum Beispiel mit chinesischen Konkurrenten.“ Aus Sicht der MIT sollten Betroffene die Möglichkeit erhalten, eine Auskunftssperre zu beantragen. Die EU-Geldwäscherichtlinie sollte zudem dem Europäischen Gerichtshof zur Prüfung vorgelegt werden.

Transparenzregister

## Altmaier kündigt Bürokratieentlastung an



## Keine Bevormundung beim Wasser

Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) hat die Bürger dazu aufgerufen, mehr Leitungswasser zu trinken – aber bitte nicht aus dem Handel, sondern aus dem heimischen Hahn. Das



steht in einem Fünf-Punkte-Plan des Ministeriums. „Die Vorschläge zur Förderung des Trinkens von Leitungswasser musste ich zweimal lesen“, kommentierte Marie-Luise Dött (Foto), umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Beisitzerin im MIT-Bundesvorstand, die Anweisung. „Hier schimmert doch sehr stark grüne Reglementierungswut durch. Wir sollten den Bürgern auch künftig überlassen, welches Wasser sie lieber trinken.“ Nach Ansicht des Verbands Deutscher Mineralbrunnen gefährdet die Ministerin Arbeitsplätze in der Mineralwasserbranche. Zudem hätten Einweg-Kunststoffflaschen eine Rücklaufquote von 97 Prozent.

Fotos: Tobias Koch, Laurence Chaperon, rcfotos/stock/stock.adobe.com

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat angekündigt, die Hürden für die Beantragung sogenannter A1-Bescheinigungen absenken zu wollen. Seit Jahresbeginn müssen Arbeitgeber für jede Reise ihrer Arbeitnehmer ins EU-Ausland A1-Bescheinigungen elektronisch beantragen und rückübermitteln – auch bei kurzfristigen Reisen. In einem Antwortschreiben an die MIT sprach sich Altmaier für die MIT-Forderungen nach einer generellen Ausnahme für Dienstreisen und einer Nachholmöglichkeit bei Kurzeinsätzen aus. „Dass Entsendungen innerhalb des gemeinsamen Binnenmarktes mit solch hohen Hürden verbunden sind, ist aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar“, so der Minister. Zudem kündigte er an, den MIT-Vorschlag für einen europäischen Sozialversicherungsausweis zu prüfen. „Mein Haus wird diese Punkte berücksichtigen, wenn die Verhandlungen auf EU-Ebene wieder aufgenommen werden.“

## Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.7.2019)

**Vechta**  
(Niedersachsen)  
**867 Mitglieder**  
Kreisvorsitz:  
Werner Lübbe

**Fulda**  
(Hessen)  
**576 Mitglieder**  
Kreisvorsitz:  
Jürgen Diener

**Paderborn**  
(Nordrhein-Westfalen)  
**576 Mitglieder**  
Kreisvorsitz:  
Ulrich Lange

**Rhein-Kreis-Neuss**  
(Nordrhein-Westfalen)  
**453 Mitglieder**  
Kreisvorsitz:  
Stefan Arcularius

**Rhein-Sieg-Kreis**  
(Nordrhein-Westfalen)  
**406 Mitglieder**  
Kreisvorsitz:  
Andreas Stolze

## Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.5.2019 – 31.7.2019)

**9**  
**Karlsruhe-Stadt**  
(Baden-Württemberg)  
**9 Neumitglieder**  
Kreisvorsitz: Inka Sarnow

**9**  
**Halle**  
(Sachsen-Anhalt)  
**9 Neumitglieder**  
Kreisvorsitz: Andre Wallberg



**Anhalt-Bitterfeld**  
(Sachsen-Anhalt)  
**8 Neumitglieder**  
Kreisvorsitz: Cornelia Heidrich

**5**  
**Freiburg**  
(Baden-Württemberg)  
**5 Neumitglieder**  
Kreisvorsitz: Brigitta Luhr

**7**  
**Euskirchen**  
(Nordrhein-Westfalen)  
**7 Neumitglieder**  
Kreisvorsitz: Paul Pinto

## Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.5.2019 – 31.7.2019)

**+33 %**  
**Werra-Meissner** (Hessen)  
Kreisvorsitz: Dirk Landau

**+22 %**  
**Anhalt-Bitterfeld** (Sachsen-Anhalt)  
Kreisvorsitz: Cornelia Heidrich

**+17 %**  
**Neumünster**  
(Schleswig-Holstein)  
Kreisvorsitz:  
Dirk-Justus Hentschel

**+17 %**  
**Euskirchen** (Nordrhein-Westfalen)  
Kreisvorsitz: Paul Pinto

**+17 %**  
**Rhein-Hunsrück-Kreis** (Rheinland-Pfalz)  
Kreisvorsitz: Kerstin Rudat



# „Ich bin neu in der MIT, weil ...“

*... die Stimme des Mittelstandes und der Sozialen Marktwirtschaft auch in den strukturschwächeren Regionen unseres Landes noch mehr Gehör finden soll.“*



**Philipp Amthor**

Jurist und MdB,  
MIT Vorpommern-Greifswald

*... ich bin in der MIT, weil ich mich in der Politik aktiv einbringen möchte.“*



**Katrin Schindele**

Entwicklungsingenieurin,  
MIT Calw-Freudenstadt

*... ich bin in der MIT, weil ich zwar von der Fantasie lebe, im realen Leben aber umsetzbare Lösungen bevorzuge.“*



**Brigitte Endres-Tylle**

Schriftstellerin,  
MIT Kassel-Land

Philipp Amthor (26) ist Jurist und wurde 2017 in einem Wahlkreis im östlichen Mecklenburg-Vorpommern als jüngster Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion direkt in den Deutschen Bundestag gewählt. Dort ist er unter anderem Mitglied des Innenausschusses und des Europaausschusses. Außerdem engagiert er sich im Vorstand des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) und als Bundesschatzmeister der Jungen Union.

Obwohl sein politisches Interesse neben der Innenpolitik vor allem der Wirtschafts- und Finanzpolitik gilt, kam es bisher nicht zu einer MIT-Mitgliedschaft, da es in seiner Heimatregion (noch) keine aktiven MIT-Strukturen gibt. Dies will Philipp Amthor nun ändern und an einer Stärkung der MIT in Vorpommern mitwirken.

Katrin Schindele (31) arbeitet als Entwicklungsingenieurin bei einem großen Automobilzulieferer in Stuttgart. Nach einem Maschinenbau-Studium arbeitete sie zunächst als Konstrukteurin und Projektleiterin. Aktuell arbeitet die Ingenieurin in der Vorentwicklung an neuen Produkten für die Mobilität der Zukunft. Besonders wichtig sind ihr die Themen Digitalisierung, Mobilität und ländlicher Raum.

Schindele engagiert sich im CDU-Gemeindeverband Baiersbronn als Vorsitzende und im CDU-Kreisverband Freudenstadt als Mitgliederbeauftragte. Zudem ist sie in der Jungen Union und der Frauen Union aktiv. Seit diesem Jahr ist sie außerdem Mitglied des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Freudenstadt.

Brigitte Endres-Tylle studierte Grundschulpädagogik, Germanistik und Geschichte und arbeitete zwischenzeitlich als Lehrerin an einer Grundschule.

Seit rund 20 Jahren arbeitet sie für Verlage im deutschsprachigen Raum und für Rundfunksender. Ebenso seit zwei Jahrzehnten verbringt sie mit ihrem Ehemann, dem Maler Hans Dieter Tylle, der in Wisconsin viele Industriebetriebe porträtiert hat, jährlich mehrere Monate in den USA. Dies schärfte ihren Blick auf die Wirtschaft in Deutschland und den USA.

Als selbstständige Kreative weiß sie um die Abhängigkeit von der Auftragslage und die Unwägbarkeiten der Altersversorgung. Politisch bezeichnet sie sich als „im besten Sinne konservativ“.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: [www.mit-bund.de/mitgliedschaft](http://www.mit-bund.de/mitgliedschaft)

**IST ES NOCH BUSINESS,  
WENN ES SICH WIE FREIZEIT  
ANFÜHLT?**



**ŠKODA**  
SIMPLY CLEVER



DER NEUE  
**ŠKODA SUPERB**  
RAUM FÜR DAS, WAS ZÄHLT.

LEASINGRATE  
AB **249,- €\***

Wer einmal im Neuen ŠKODA SUPERB Platz genommen hat, wird so schnell nicht wieder ans Aussteigen denken. Denn neben einem einzigartigen Raumangebot verfügt er über eine Ausstattung, die man vor allem aus der Oberklasse kennt – darunter Voll-LED-Matrix-Scheinwerfer sowie zahlreiche nochmals verbesserte Assistenzsysteme. Steigen Sie jetzt ein: mit einem attraktiven Angebot des ŠKODA GeschäftsfahrzeugLeasing.

Mehr Informationen bei Ihrem ŠKODA Partner oder auf [skoda.de/fleet-superb](http://skoda.de/fleet-superb)

Kraftstoffverbrauch für den ŠKODA SUPERB COMBI AMBITION 1,5 I TSI 110 kW (150 PS) in l/100 km, innerorts: 6,7; außerorts: 4,5; kombiniert: 5,4. CO<sub>2</sub>-Emissionen kombiniert: 122 g/km (gemäß VO (EG) Nr. 715/2007). Ermittelt im neuen WLTP-Messverfahren, umgerechnet in NEFZ-Werte zwecks Pflichtangabe nach Pkw-EnVKV.

\*Abbildung und Texte zeigen bzw. beschreiben optional erhältliche Ausstattungsmerkmale, die gegen Aufpreis erhältlich sind. Ein Leasingangebot der ŠKODA Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorn Str. 57, 38112 Braunschweig. Am Beispiel eines ŠKODA SUPERB COMBI AMBITION 1,5 I TSI 110 kW (150 PS) inkl. Metalliclackierung und Businesspaket Amundsen, unverbindliche Preisempfehlung 29.142,86 € (zzgl. MwSt.). Laufzeit 48 Monate und jährliche Laufleistung 20.000 km, 0,- € Sonderzahlung, zzgl. MwSt., zzgl. Überführungs- und Zulassungskosten. Dieses Angebot gilt nur für gewerbliche Kunden und bei Bestellung bis zum 30.09.2019. Bonität vorausgesetzt.

**IAA** » 2019

Erleben Sie ihn live in **Halle 3.0**  
vom **12. – 22. September 2019**